(A) (Minister Einert)

tehn gibt, dann ist nach der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland eindeutig, daß für diese Frage von sektoraler Wirtschaftspolitik, denn das ist die Energiepolitik, allein der Bund zuständig ist. Das war insoweit auch einstimmiges Votum der Mikat-Kommission und aller Mitglieder dieser Kommission und trifft genau die Rechtsposition der Landesregierung.

Ich brauche Ihnen nicht zu bestätigen, daß wir im Grunde genommen einfach nicht in der faktischen Lage sind, neben der bisherigen Ein-Drittel-Mitfinanzierung des Hüttenvertrages auch nur über eine weitere anteilige Finanzierung als Nachfolgeregelung des Kohlepennings nachdenken zu können, sondern es gilt entweder das, was in der Mikat-Kommission gesagt worden ist, oder aber der Bund muß am besten auf europäischer Ebene, aber sonst als eine alleinige Entscheidung, für eine andere Einnahmefinanzierung für die gemeinsame Lösung der drei Anhaltspunkte, von denen ich vorhin sprach, sorgen.

Vizepräsident Dr. Klose: Gibt es weitere Wortwünsche? - Das stelle ich nicht fest. Ich schließe hiermit die Beratung.

(B) Wir haben abzustimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/4772. Er bezieht sich auf Einnahmen aus der Abwärmeabgabe und ökologischen Sonderfonds, Klimaschutz. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu der Entscheidung über die Beschlussempfehlung Drucksache 11/4708. Wer hierzu seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das heißt, daß die Beschlussempfehlung angenommen worden ist.

Ich rufe die Nummer 2 auf:

Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Es ist auf die Beschlussempfehlung Drucksache

11/4710 und auf den Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/4773 hinzuweisen.

Ich eröffne die Beratung und erteile zu Nummer 2 a) - Umweltschutz und Raumordnung - der Abgeordneten Dr. Schraps von der Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordnete Dr. Schraps (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Opposition liegt das Wohl dieses Landes Nordrhein-Westfalen am Herzen.

(Abgeordneter Dr. Brunemeier [SPD]: Na, na, na!)

Es grenzt ans Unerträgliche - auch Ihr "Na, na, na!" -, wenn auf dem Hintergrund dieser Bemühungen um einen soliden Haushalt 1993 absolute Ablehnung herrscht, wenn die Mehrheitsfraktion eine Meinung neben ihrer eigenen nicht duldet und die SPD in Gemeinsamkeit mit der Regierung Nordrhein-Westfalens in ihrer wirklich verkrusteten Struktur für Veränderungen völlig unzugänglich ist,

(Zustimmung bei der CDU)

Vorschläge, die nicht selbst geboren sind, ablehnt, sich Gefälligkeitsbälle zuwirft und von ihrer Unfehlbarkeit in einem Maße überzeugt ist, daß eine Etatberatung im Grunde genommen zu einer Komödie, einer Farce gerät,

(Zustimmung der Abgeordneten Witteler-Koch [F.D.P.]

an deren Ende man sich fragen muß, ob das eigene Bemühen nicht reine Zeitverschwendung ist.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, sollte eine gute Fee mir einmal drei Wünsche zugestehen, dann werde ich den ersten Wunsch nicht für mich verwenden, sondern ich werde sie bitten, daß Journalisten und Reporter zu den Haushaltsberatungen in den Ausschüssen zugelassen werden. Ich glaube, manch einer - wenn er nicht vollkommen SPD-blind ist - würde sich mit Grausen

(C)

(D)

(A) (Dr. Schraps [CDU])

von der Mehrheitsfraktion abwenden.

(Zustimmung bei der CDU - Abgeordneter Hunger [SPD]: Das hätten Sie gerne!)

Aber, meine Damen und Herren, glauben Sie nicht, daß wir ob der Tatsache Ihrer unglaublichen Machtausübung in unserer Arbeit nachlassen werden.

(Abgeordneter Dr. Brunemeier [SPD]: Noch weiter nachlassen geht ja auch nicht!)

- Ach, Herr Kollege, tun Sie doch erst mal was! - Ich wiederhole: Uns liegt das Wohl dieses Bundeslandes am Herzen, uns liegt dieser Haushalt am Herzen, der die Grundlage eines wohlgeordneten Lebens in Nordrhein-Westfalen ist.

Meine Damen und Herren, der Haushalt des Umweltministers zeigt kein Profil, keine Prioritäten, sondern sträfliche Vernachlässigungen in vielen Bereichen: von der Altlastensanierung über Immissions- und Bodenschutz bis hin zur Abfall- und Abwasserwirtschaft. Der Einzelplan 10 müßte einmal mit Mut durchforstet werden, um all die Haushaltsmittel, die in überflüssige Geschäftigkeiten, überflüssige Gutachten, überflüssige Öffentlichkeitsarbeit, überflüssige neue Programme investiert werden, in den praktischen Umweltschutz fließen zu lassen. Dann wäre eine Ausweitung des Finanzvolumens nicht nötig und trotzdem eine größere Effektivität im Umweltschutz möglich.

(B)

Die Zeit erlaubt nicht, auf alle Probleme einzugehen. Die CDU hat in Anbetracht der Haushaltslage Sparvorschläge und Umverteilungsanträge unterbreitet. Die SPD hat diese Vorschläge abgelehnt.

Ich möchte einiges anführen. Wir haben zum Beispiel vorgeschlagen, im Bereich EDV/Datenverarbeitung, der im Jahre 1993 mit 93,3 Millionen DM veranschlagt ist, minimal zu reduzieren, nicht zu streichen! 93,3 Millionen DM - das sind 20,4 Millionen DM mehr als 1992, und dies bei der Finanzlage, wie sie sich uns darstellt!

Wir wollten diese 20,4 Millionen DM Mehrkosten nur um 20 % reduzieren. Sie folgen uns nicht, obwohl die Finanzierungssumme, die dann übrigbliebe,

(C)

Ihrem und auch unserem Anspruch auf eine moderne, leistungsfähige Ausstattung des Ministeriums und der untergeordneten Ämter genügen würde.

Abgesehen davon sind die Preissenkungen, die seit Anfang des Jahres eingetreten sind, nicht einmal berücksichtigt. Das heißt, daß Sie selbst bei einer Einsparung keinen Verlust an Ausstattung hätten.

Sie haben anscheinend immer noch nicht begriffen, daß Sie sich in der Situation eines bankrotten Betriebes befinden, der sich trotzdem weigert, Kürzungen im Investitionsbereich vorzunehmen. Dies wäre für jeden Betrieb ein tödliches Verhalten. Aber es scheint, daß der Umgang mit öffentlichen Geldern den Verantwortungspegel herabsetzt.

Angesichts der knappen Haushaltsmittel muß die Frage berechtigt sein, ob die Mittel auch effektiv eingesetzt werden. Gerade das findet nach unserer Auffassung im Bereich EDV nicht statt, weil das Personal nicht genug ausgebildet ist.

Ich möchte ein zweites Thema ansprechen: den Bodenschutz. Hier liegen in Nordrhein-Westfalen enorme Versäumnisse vor. Das Bodeninformationssystem steckt entgegen Ihren fortwährenden Aussagen in den Kinderschuhen. Sie haben die Kieselrot-Problematik nicht gelöst.

(D)

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Bodendauerbeobachtungsflächen wurden nicht eingerichtet. Bodenbelastungskarten sind kaum existent. Nur wenige Kommunen haben sie, und dann sind sie von ihnen selbst erstellt worden. Beurteilungskriterien für die Feststellung von Bodenbelastungen sind nicht vorhanden. Die Bodenprobenbank bedarf des weiteren Ausbaus.

Was im Bodenschutz getan wurde, waren zumeist Reparaturarbeiten bzw. Untersuchungen in ganz besonderen Situationen: z. B. nach dem Flugzeugabsturz in Remscheid und dem Großbrand in Lengerich, wobei anschließend die Sanierungskosten - ich erinnere noch einmal an Kieselrot - vom Land abgelehnt und auf die Kommunen abgewälzt wurden.

(A) (Dr. Schrap [CDU])

Meine Damen und Herren, das im Entwurf vorliegende Bodenschutzgesetz des Bundes wird Nordrhein-Westfalen hoffentlich endlich zwingen, Instrumentarien zu entwickeln, die zu einem vorsorgenden Bodenschutz führen, es sei denn, der Minister hat vor, das Gesetz durch Einspruch aufzuhalten. Ich befürchte dies, denn der Antrag der SPD, der am kommenden Mittwoch in diesem Plenum behandelt wird, weist darauf hin.

Zurück nach Nordrhein-Westfalen! Was ist nach den vollmundigen Ministererklärungen im Bodenschutz getan worden? Lediglich die Einrichtung eines teuren und wirkungslosen Bodenschutzzentrums, geboren in einer Nacht- und Nebelaktion - ein Bodenschutzzentrum, das mit der unglaublich wichtigen, wirklich unglaublich wichtigen Aufgabe der Errichtung eines Bodeninformationssystems betraut, aber dieser Aufgabe nicht gewachsen war und ist!

Sie erinnern sich daran, daß ich an dieser Stelle gefordert habe, dieses Bodenschutzzentrum aufzulösen, weil es sachlich, örtlich und politisch falsch gegründet wurde. Ich habe gefordert, dieses Bodeninformationssystem an eine funktionierende Landesbehörde zu übergeben.

(B) (Minister Matthiesen: An das Geologische Landesamt!)

- Nein, an die LAWA. Herr Minister, unterlassen Sie doch diese Anwürfe. Ich weiß doch, worauf Sie abzielen. Irgendwo ist es doch wohl ein bißchen lächerlich.

(Abgeordneter Henning [SPD]: Aber Sie auch!)

Wie immer vermischen Sie Politik mit anderen Dingen. Das ist sehr unsolide.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich kann Ihnen sagen, warum ich dieses Bodenschutzzentrum für nicht gut halte und Sie wahrscheinlich auch nicht. Denn seit dem Frühjahr fehlt diesem Bodenschutzzentrum die Leiterin. Es wird kommissarisch vom MURL aus verwaltet. Das zeigt doch, daß Sie selbst nicht mehr an den Wert dieses Bodenschutzzentrums glauben. Ihre Mannschaft verläßt -

(C)

zutiefst frustriert über die Arbeitsweise - dieses Zentrum.

Lesen Sie sich einmal das Kienbaum-Gutachten durch! - Im übrigen wurden früher preiswerte Gutachten vom Landesrechnungshof erstellt. Wir machen das heute alles etwas teurer. Was dabei aber herauskommt, ist auch nicht erfreulich.

Das Kienbaum-Gutachten stellt die Notwendigkeit des Bodenschutzzentrums in Frage, da es - nach Kienbaum - "seine Aufgaben weder personell, strukturell noch in seiner Zielsetzung erfüllt."

Im Bodenschutzzentrum werden - das muß man wissen - keine eigenen Vorstellungen erarbeitet, sondern alles, was zum Bodeninformationssystem vorliegt, ist ausschließlich durch Vergabe an Dritte erstellt worden, und zwar mit einem Millionenaufwand.

Dazu kommt doch - das muß man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen -, daß hier Aufwendungen gemacht sowie Doppelt- und Dreifachuntersuchungen angestellt werden, die sich überschneiden. Wir haben Untersuchungen gleicher Art im Landschaftsinformationssystem der LÖLF, im Daten- und Informationssystem des MURL, im Bodeninformationssystem des Geologischen Landesamtes, im Informationssystem Gefährliche Stoffe. Als i-Tüpfelchen kommt jetzt noch das neu installierte Grüne Informationssystem dazu.

(D)

Ich finde es unbegreiflich, daß hier Gelder verschwendet werden, weil es dem Ministerium weder in seinem noch in den anderen Häusern gelingt, eine Harmonisierung herbeizuführen. Gleich, was immer Sie sagen werden, Herr Minister, ist es dem Bodenschutzzentrum nicht gelungen, ein konkretes und in sich geschlossenes Konzept für ein Bodeninformationssystem zu erarbeiten. Eine Nutzeranalyse, die diesen Namen verdient, besteht nicht. Nicht nur unter haushälterischen Gesichtspunkten ist es zwingende Notwendigkeit, die Arbeit am Bodeninformationssystem einem gut ausgestatteten Amt zu übergeben.

Wir kommen einfach nicht weiter. Das müssen Sie doch selbst sehen, Herr Minister. Der Bedarf an Umweltdaten - zum Beispiel für die planerische Umsetzung beim Land, den RPs, den Kreisen, den kreis-

(A) (Dr. Schraps [CDU])

freien Städten und Gemeinden - wächst. Diese eventuellen Nutzer brauchen nicht nur Quantität, sondern auch Qualität. Dazu gehört eine ständige Aktualisierung der Daten. Das kann im Moment nicht erfolgen. Vor allem gibt es keine methodische Verknüpfung. Alles, was bisher vorliegt, ist unbefriedigend und rechtfertigt die Kosten eigentlich überhaupt nicht.

Es ist merkwürdig, daß ein solches Amt jetzt noch Kostensteigerungen durch einen Umzug erfährt. Herr Minister, ich will jetzt nicht mehr über dieses Zentrum reden. Ich denke, daß es ein Beispiel ist. Überprüfen Sie einmal Ihren gesamten Geschäftsbereich auf weitere kostenträchtige und falsche Entscheidungen. Denn dieses Bodenschutzzentrum ist nur ein Beispiel aus der Fülle der zwar öffentlichkeitswirksamen, aber für den Umweltschutz völlig unwirksamen Entscheidungen.

Ich darf dabei auch wieder auf das Kienbaum-Gutachten hinweisen, das mehrere generelle Mängel im Geschäftsbereich des MURL aufzeigt. In Zukunft sollten wir nicht wertvolles Geld für Unsinnigkeiten ausgeben, sondern zum Beispiel den Bodenschutz mit einer vernünftigen Organisation und ausreichenden Mitteln ausstatten - vor allem für örtlich notwendige Untersuchungen und Sanierungen.

(B)

Was machen Sie aber statt dessen? - Sie kürzen zum Beispiel die Zuweisungen zur Gefährdungsabschätzung von Ablagerungen und Altlasten. Nicht nur, daß Sie mit diesem Rückgang unter den Vorjahresansatz die Kommunen - wie so oft - mehr belasten; Sie widersprechen auch Ihren eigenen Erläuterungen, indem Sie feststellen, daß durch diese Zuweisungen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr durch die kommunalen Gebietskörperschaften beschleunigt und erleichtert werden sollen.

Insofern haben Sie natürlich recht; Sie erleichtern die Kommunen in zweierlei Hinsicht: einerseits um ihre Mittel und andererseits dadurch, daß diese Kommunen die Maßnahmen zur Gefahrenabwehr wegen der Unfinanzierbarkeit liegen lassen müssen.

Was ist denn los mit unserem Dauerdiskussionsthema Altlastensanierung bzw. Altlastensanierungsverband? - Dort operieren Sie seit der Gründung des Altlastensanierungsverbandes mit falschen Einnahmezahlen. Jetzt

(C)

haben Sie das neue Landesabfallgesetz und die am 01.07.1992 in Kraft getretene Lizenzentgeltverordnung. Trotzdem standen dem AAV für 1992 statt der im Haushalt eingeplanten 50 Millionen DM nur ca. 25 Millionen DM zur Verfügung.

Für 1993 haben Sie 40 Millionen DM veranschlagt. Wir warten mit Spannung darauf, ob diese Summe erstmals erreicht wird. Aber nicht nur ich bezweifle das, Herr Minister, sondern noch Kompetentere.

Sie haben doch das Landesabfallgesetz und die Lizenzentgeltverordnung so ausgerichtet, daß höhere Einnahmen entstehen müssen. Dazu muß man wissen, daß der Maßnahmenplan Altlastensanierung des Verbandes bisher 19 Altlastenprojekte umfaßt, zu deren Sanierung 100 Millionen DM erforderlich sind. Es ist erstaunlich, daß es dem Verband trotz des Finanzdesasters gelingt, kontaminierte Flächen - wenn auch nur in geringem Umfang - der Nutzung wieder zuzuführen.

Ich frage mich auch, Herr Minister, ob Sie einmal mehr das Parlament nicht so unterrichtet haben, wie es eigentlich Ihre Aufgabe wäre. Sie erinnern sich daran, daß wir seit Jahren heftige Diskussionen im Bereich der Abfallpolitik führen. Meine Fraktion fragt immer wieder nach den Abfallbeseitigungsplänen, die Sie als nahezu erledigt erklärt haben.

(D)

Die Erhöhung des Haushaltsansatzes für 1993 widerspricht Ihrer Erklärung; denn Sie erhöhen hier um 400 000 DM auf 1 650 000 DM mit der Begründung, daß Sie mit diesem Geld mehr Akzeptanz gegenüber Entsorgungsanlagen erreichen wollen. Aber, Herr Minister, das kann doch wohl nicht die wahre Erklärung sein! Diese Akzeptanz können Sie im Höchstenfall mit vorsorgender Umweltpolitik und nicht mit Umweltreparaturpolitik erreichen. Das können Sie auch nicht mit der bekannten Eigenwerbung und mit der übertriebenen Ausgabe für Ausstellungsmaßnahmen, Kongresse usw. erreichen.

Herr Minister, wir haben einen schmalbrüstigen Umwelthaushalt, und dieser Umwelthaushalt krankt außerdem an einem fehlenden Prioritätenkatalog. Er arbeitet nach dem Gießkannenprinzip: jedem etwas und keinem wehtun - ich meine: am wenigsten dem Minister selbst wehtun. Ich hoffe, daß wir das in

(A) (Dr. Schraps [CDU])

Kürze einmal ändern können.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Strehl für die Fraktion der SPD das Wort.

Abgeordneter Strehl (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Dr. Schraps, um in Ihrem Bild zu bleiben: Wenn ich einen Wunsch bei einer guten Fee frei hätte,

(Oh-Rufe bei CDU und F.D.P.)

dann würde ich mir wünschen, daß Sie endlich einmal Ihrer Rolle als Opposition gerecht werden und wirklich seriöse Anträge zur Umweltpolitik einreichen.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Zum formellen Teil, liebe Frau Dr. Schraps: Wenn Sie uns Ihre Anträge am Tage der Ausschußberatung höchstens zehn Minuten vor dem Beginn der Sitzung gewissermaßen vorwerfen, ohne daß wir Gelegenheit haben konnten, uns mit Ihren Anträgen zu befassen, dann müssen Sie doch wissen, daß schon aus diesem Grund eine seriöse Beratung mit Ihren Anträgen kaum noch denkbar ist. Wenn Sie es ernst meinten, würden Sie rechtzeitig, bevor die Fraktionen ihre fraktions-internen Haushaltsplanberatungen durchführen, Ihre Anträge einreichen; dann könnte man sich auch vor der gesamten Fraktion mit diesen Vorschlägen befassen. Das tun Sie nicht, obwohl wir uns das im letzten Jahr gemeinsam so versprochen hatten.

(B)

(Zustimmung bei der SPD)

Der zweite Punkt, den Sie hier zum Ausdruck gebracht haben, Frau Dr. Schraps: Bodenschutzrecht, Initiative des Bundes. Ich kann mich erinnern, daß Sie auch zu Beginn der Legislaturperiode darauf verwiesen haben, daß der Bund seiner Ankündigung recht schnell nachkommen und einen Entwurf eines bundeseinheitlichen Bodenschutzgesetzes vorlegen würde. Das war Ende 1990.

(C)

Es hat über zwei Jahre gedauert, bis der Bund überhaupt einmal seiner Verpflichtung nachgekommen ist, uns zumindest den Entwurf eines Bodenschutzgesetzes vorzulegen. Es dürfte Ihnen doch klar sein, daß das viel zu spät kommt. Daß wir jetzt unseren Beitrag zum Gesetzgebungsverfahren leisten müssen, das dokumentieren wir als SPD-Fraktion zum Beispiel durch die Beratung in der nächsten Woche.

(Vorsitz: Vizepräsident Schmidt)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die schwierige finanzielle Lage unseres Landes wie des Gesamtstaates überhaupt ist hinlänglich bekannt. Handlungsspielräume verbleiben uns nur noch in sehr engen Grenzen selbst dort, wo wir größeres Engagement für wünschenswert halten würden.

Neben den hohen Mehrausgaben für die deutsche Wiedervereinigung macht uns auch die europäische Vereinigung zu schaffen. Die schon sprichwörtlich gewordene Regelungswut der EG überzieht unsere Verwaltung gerade im Umweltbereich und im Bereich der Landesplanung. Immer mehr Aufgaben und Kontrollfunktionen müssen wahrgenommen werden. Dichteres Regelungsnetzwerk und mehr Aufgaben auf der einen Seite, massive Einsparungen auf der anderen Seite - das ist das Zielumfeld, mit dem wir es hier zu tun haben.

(D)

Dies unbefriedigende Situation gilt es so schnell wie möglich in den Griff zu bekommen. Die SPD-Fraktion, Herr Minister, hofft daher, daß die Ergebnisse der Tätigkeit des Arbeitsstabes "Aufgabenkritik" hinreichend Lösungswege aufzeigen, um aus diesem Dilemma herauszukommen. Die Überprüfung von derzeit 60 Prozent der Personalstellen im MURL-Bereich kann unter Umständen auch dazu führen, daß es zu Zusammenlegungen von Behörden oder zur Einsparung von Personal kommt oder daß einige Aufgaben nicht mehr direkt vom Land geleistet werden. Aber dieser Weg muß zur vernünftigen Konsolidierung in Nordrhein-Westfalen gegangen werden.

Was konkrete Einsparungen im Haushalt anbelangt, so haben wir im Einzelplan 10 bereits im letzten Jahr einiges reduziert. Wir haben zum Beispiel die Kreditplafonds für Immissionsschutz und für Abfall gestrichen und dadurch allein eine erhebliche Einsparung

(A) (Strehl [SPD])

erreicht. Damit stehen dem MURL im Umweltschutz kaum noch Förderprogramme zur Verfügung. Das haben wir aber bewußt in Kauf genommen, um andere, uns wesentlicher erscheinende Bereiche nicht belasten zu müssen; denn vorrangiges Ziel der Umweltpolitik muß es sein, den allgemein hohen Leistungsstandard unter allen Umständen zu halten, und zwar trotz der Einsparungen, meine Damen und Herren!

Dieses Ziel sieht die SPD-Fraktion mit der Vorlage des Einzelplans 10 für den Bereich Umweltschutz und Raumordnung erfüllt. Titel, bei denen wesentliche Einsparungen vorgenommen werden könnten, sind unseres Erachtens nicht ersichtlich. Ansatzserhöhungen wären angesichts der Haushaltslage geradezu vermessen.

Aus diesem Grund hat die SPD-Fraktion auch in diesem Jahr keine Anträge zum Haushalt gestellt - anders natürlich, wenn auch zu spät, die Opposition! Aus den Anträgen der CDU, Frau Dr. Schraps, möchte ich vor allem auf den Kürzungsvorschlag für Investitionen bei der EDV und bei der Software in Höhe von vier Millionen DM kurz eingehen.

(B) Sämtliche Oppositionsfraktionen, auch Sie als CDU, haben noch in diesem Jahr genüßlich auf Vollzugsdefizite in der Verwaltung, vornehmlich im Umweltbereich, herumgeritten. Ausgelöst - Sie können sich erinnern - wurde diese Debatte durch die sogenannte Umweltstudie der Universität Bonn.

Selbstverständlich hat auch die SPD-Fraktion vorhandene Defizite nicht negiert, aber sie hat sich nicht aufs Lamentieren beschränkt. Vielmehr haben wir die Meinung vertreten, daß, wenn schon keine Personalvermehrung möglich ist, das vorhandene Personal flexibler und effizienter arbeiten muß. Als Voraussetzung dafür sind aber modernste Arbeitsgeräte wie die EDV mit der dazugehörigen Software unerläßlich. Ihr Einsparungsvorschlag, meine Damen und Herren von der CDU, wirkt dazu vor diesem Hintergrund geradezu konterkarierend.

(Zuruf von der SPD)

Unverständlich erscheint auch Ihr Antrag, einen neuen Ansatz zur Durchführung des freiwilligen

(C)

ökologischen Jahres einzubringen; denn bereits vor der Haushaltsplanberatung war klar - und die Fraktionen haben es immer wieder zum Ausdruck gebracht -, daß die Finanzierung dieses ökologischen Jahres durch den Bund gesichert sein muß. Wie Sie dann Ihren Haushaltsvorschlag hier machen können, bleibt uns schleierhaft.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Strehl, würden Sie eine Zwischenfrage von Frau Dr. Schraps beantworten?

(Abgeordneter Strehl [SPD]: Aber selbstverständlich.)

Bitte schön, Frau Kollegin!

Abgeordnete Dr. Schraps (CDU): Herr Präsident, meine Meldung zu einer Zwischenfrage ist etwas zu spät gehört worden. Deswegen ist dies eine Frage zu dem vorherigen Thema: Wissen Sie auch, Herr Strehl, daß das Abrufen betriebswirtschaftlicher Kennzahlen überhaupt nicht möglich ist, weil die Ausbildung nicht der Ausstattung entspricht, und daß beispielsweise mehr Sachbearbeiter in der Forstverwaltung gefordert werden? Das ist ja wohl nicht der Sinn einer modernen Ausstattung. Meinen Sie nicht auch mit mir, daß man erst ausbilden muß, bevor man unendlich viele Gelder in ein solches Verfahren steckt? Die Computer werden zum Teil nur als Schreibmaschinen benutzt.

(D)

Abgeordneter Strehl (SPD): Das meine ich, Frau Dr. Schraps, zunächst einmal mit Ihnen, aber es dürfte doch klar geworden sein: Wenn wir uns im Augenblick aufgrund der Finanzlage schon keine Personalvermehrung in den Fachbehörden erlauben können, muß doch zumindest auch mit der entsprechenden Ausbildung, die natürlich sukzessive zu erfolgen hat, auch die entsprechende technische Ausstattung vorhanden sein. Vor diesem Hintergrund ist Ihr Antrag geradezu lächerlich.

(Beifall bei der SPD)

(A) (Strehl [SPD])

Herr Kuhl, was nun die Anträge der F.D.P. angeht, so kann man mit Fug und Recht sagen - es sind immerhin 16 Anträge -, daß sie mit der heißen, ja geradezu mit glühender Nadel gestrickt worden sind. Bei allen Anträgen, Herr Kuhl, handelt es sich um sogenannte Einsparungsvorschläge, was vor dem Hintergrund der Haushaltssituation eigentlich begrüßenswert wäre. Doch leider hapert es bei den Vorschlägen an der Begründung. Sich aus jedem Kapitel einige Titel vorzunehmen und einfach ein paar Milliönchen zu kappen mit der lapidaren Begründung, zum Beispiel Maßnahmen zu strecken und die Erstellung von Gutachten zu streichen sowie auf allgemeine Einsparungen hinzuweisen, reicht wohl kaum aus, um eine entsprechende schlüssige Begründung darstellen zu können.

Um einen Schnellschuß dürfte es sich auch bei der 100 %igen Einsparung der Stellenanzeigen in Höhe von 70 000 DM handeln. Herr Kuhl, wir haben im Ausschuß darüber schon diskutiert. Selbst wenn wir kein neues Personal haben, scheiden doch Kolleginnen und Kollegen aus den Verwaltungen aus, und ihre Stellen müssen ersetzt werden. Daß dazu Stellenausschreibungen erforderlich sind, Herr Kuhl, dürfte uns doch wohl allen klar sein. Bei den Stellenausschreibungen 70 000 DM sparen zu wollen, geht auch in den Bereich der - hätte ich fast gesagt - guten Fee, von der wir mehrfach von Frau Dr. Schrapf gehört haben.

(Minister Matthiesen: Und weil wir die Wochenzeitung "Die Zeit" schädigen! - Gegenruf des Abgeordneten Kuhl [F.D.P.]

Bei der Forderung nach Kürzungen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, Kongresse und Ausstellungen, haben Sie, Herr Kuhl, wahrscheinlich den Part der CDU aus dem letzten Jahr übernommen. In diesem Jahr in dem Bereich eine erhebliche Kürzung vorzunehmen, halten wir für gänzlich verfehlt, da das Bewußtsein der Bevölkerung für den Umweltschutz gar nicht genügend geweckt werden kann.

Man gewinnt in letzter Zeit, meine Damen und Herren, ein wenig das Gefühl, daß die Probleme des Umweltschutzes in der Einschätzung der Bevölkerung in den Hintergrund geraten. Andere Themen sind offensichtlich vorrangig und drängen das für uns

(C)

wichtige Thema immer mehr in den Hintergrund. Gerade deswegen ist eine entsprechende Aufklärung, so meinen wir, zwingend erforderlich. Herr Minister, wir begrüßen deshalb auch ausdrücklich, daß für das Aufklärungsprogramm "Ökologische Abfallwirtschaft" im Haushalt 1993 ein Betrag von 3,3 Millionen DM etatisiert ist.

Die Fraktion der GRÜNEN schließlich

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Hier!)

handelt wie eigentlich immer in den letzten Jahren nach dem Prinzip: Alle Jahre wieder! Daß das zur Weihnachtszeit auch paßt, kann man sich vorstellen. Sie stellen gewissermaßen zum drittenmal inhaltlich die gleichen Anträge.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Bis wir Sie überzeugt haben! Bei manchen dauert es eben etwas länger!)

- Das ist aber sehr schwer möglich, weil die Anträge, Herr Dr. Vesper, so un schlüssig sind, daß man ihnen nicht folgen kann. Ich werde das auch begründen.

Nach dem Wunsch der GRÜNEN soll viel für den Umweltschutz getan werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es sollen nämlich ökologische Sonderfonds für Grundwasserschutz, Immissionsschutz, Bodenschutz und Abwasserwirtschaft eingerichtet und mit erheblichen Baransätzen ausgestattet werden.

(Abgeordneter Mai [GRÜNE]: Prima!)

Zur Deckung dieser Ansätze kommen Sie allerdings wieder mit dem schon hinlänglich bekannten fiktiv erdachten Abgabesystem, das Sie, wie gesagt, bereits im letzten Jahr dargestellt haben.

Neu ist einzig die Höhe der von Ihnen in den Raum gestellten fiktiven Einnahmen. Waren es 1992 noch ca. 580 Millionen DM, sind es diesmal schon 870 Millionen DM.

Einen Antrag, lieber Herr Mai, kann ich allerdings

(D)

(A) (Strehl [SPD])

überhaupt nicht verstehen. Sie haben sich doch bei der Diskussion um das Abfallgesetz und um die Lizenzentgeltverordnung immer wieder negativ zu unserem Lizenzmodell verhalten und sich dagegen ausgesprochen. Daß Sie gerade den Ansatz dieses Modells, den wir jetzt mit einem Plafond von 50 Millionen DM ausgestattet haben und den wir auch sicherlich in den nächsten Jahren diese 50 Millionen DM nicht nur erreichen, sondern - das hoffen wir - überschreiten, auf 150 Millionen DM erweitern wollen, Herr Mai, ist für mich zumindest ausgesprochen unverständlich und kennzeichnet die Unseriosität Ihrer Anträge in bezug auf den Umweltschutz.

(Beifall bei der SPD)

Man hätte, um das noch einmal zu betonen, sicherlich Gelegenheit gehabt, sich mit Ihren Anträgen auch intensiver zu befassen, aber auch bei Ihren Anträgen, Herr Mai von den GRÜNEN, war es so, daß wir sie erst relativ spät bekommen haben. Zum wiederholten Male mache ich den Vorschlag, daß wir in der Tat die anstehenden Anträge rechtzeitig austauschen, damit eine vernünftige, auch inhaltliche Befassung mit ihnen möglich ist, und zwar ebenfalls durch die anderen Fraktionen, und das nicht nur im Arbeitskreis, sondern auch in der Gesamtfraktion.

(B)

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

So gesehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, bin ich doch einigermaßen guter Hoffnung - obwohl ich auch da wieder enttäuscht werden kann -, daß die Haushaltsplanberatungen für 1994 unter besseren Voraussetzungen stattfinden können, als es diesmal der Fall gewesen ist. Machen Sie bitte Ihre Schularbeiten; dann gibt es auch die Möglichkeit, die Anträge zweckdienlich und vernünftig zu diskutieren. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke dem Herrn Kollegen Strehl und erteile für die F.D.P.-Fraktion dem Abgeordneten Kuhl das Wort.

(C)

Abgeordneter Kuhl (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich will zu Beginn noch einmal die gute Fee strapazieren. Kollege Strehl, wenn ich einen Wunsch frei hätte, wünschte ich mir schlicht und einfach, daß die SPD endlich einmal einem Antrag der Opposition zustimmen möge, und zwar dann, wenn er von der Opposition eingebracht wird,

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

und daß sie nicht jedes Mal ein halbes Jahr später oder nach noch längerer Verzögerung die Ideen, die bei den GRÜNEN, bei der CDU oder bei der F.D.P. entwickelt worden sind, mit eigenen Anträgen in dieses Haus einbringt.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Das wäre eine tolle Sache. - Das ist der eine Punkt.

Den anderen Punkt will ich nach dem, was Sie hier gerade vorgetragen haben, überschreiben mit: Der Not gehorchend, aber nicht dem eigenen Triebe. Ich habe in Ihrer Rede nicht ein einziges Wort darüber vernommen, wie Sie sich, die Mitglieder der Mehrheitsfraktion, der großen SPD-Fraktion in Nordrhein-Westfalen, die Lösung der Umweltprobleme in den kommenden Jahren denken. Sie haben lediglich das, was die - ich gestatte mir noch einmal diesen Ausdruck - vereinigten drei Oppositionsfraktionen während der Beratungen vorgetragen haben, madig gemacht. Alles andere fehlt bei Ihnen.

(D)

Meine Damen und Herren, es gibt für neue Aufgaben keine Verteilungsspielräume mehr - mögen sie noch so notwendig oder wünschenswert sein. Alle staatlichen Ebenen werden sich darauf einstellen müssen. Alles, was in den kommenden Jahren an Mehreinnahmen überhaupt erreicht werden kann, wird als Transfer in die neuen Länder und Gemeinden gehen. Um zu den nötigen niedrigen Ausgabensteigerungen bei den Ländern und Gemeinden zu kommen, wird es darüber hinaus ohne massive Einsparungen und Einschnitte bei den Ausgaben und beim Personal nicht gehen.

(Minister Matthiesen: Richtig!)

(A) (Kuhl [F.D.P.]

Ich erwarte jetzt Applaus von der SPD-Fraktion; das habe ich mir extra in mein Manuskript geschrieben: Applaus von der SPD. Er kommt gar nicht; ich wundere mich. Ich habe nämlich nur vorgetragen, was Ihr Minister bei der Einbringungsrede zum Haushalt gesagt hat. Dazu hätten Sie wirklich klatschen sollen.

(Abgeordnete Reinecke [SPD]: Sie sind nicht Minister! - Zuruf des Vizepräsidenten Schmidt)

- Man muß nicht, Herr Präsident, völlig richtig. Aber sie hätten es machen können.

Jetzt komme ich zum Haushalt! Kollege Strehl, Sie sagen, die Oppositionsfractionen hätten Ihre Anträge nicht rechtzeitig vorgelegt.

Abgesehen davon, daß die SPD wieder einmal nichts vorgelegt hat, weil ihr nichts eingefallen ist, haben wir unsere Anträge am Freitag hinausgeschickt; am Montag finden in der Regel die Arbeitskreissitzungen statt, und zu diesem Zeitpunkt hatten Sie sie. Dienstags sind Fraktionssitzungen, und dazu hatten Sie die Anträge auch. Und Mittwochs finden die Ausschußberatungen statt. Sie hatten also Zeit, sowohl in den Arbeitskreisen wie in der Fraktion über diese Dinge zu diskutieren.

(B)

Ich sage Ihnen noch etwas! Wir haben in der Tat nicht einen Erhöhungsantrag gestellt. Wir haben lediglich Kürzungsanträge gestellt, die man bewerten kann, wie immer man will.

Nur darf ich Sie, da Sie von den lapidaren Begründungen gesprochen haben, an folgendes erinnern. Sie haben völlig recht: Wir haben Ihnen die Liste vorgelegt und zu jedem Antrag nur ein oder zwei Worte geschrieben. Zu Beginn der Ausschußsitzungen habe ich Sie allerdings gefragt, wie Sie sich die Haushaltsberatungen im Ausschuß vorstellen: Wollen wir diese Dinge thematisieren und diskutieren? Dann werde ich Ihnen die entsprechenden Begründungen und Erläuterungen liefern. - Wissen Sie Ihre Antwort noch? Ich hoffe. Sie haben nämlich gesagt: Brauchen wir nicht, denn wir werden in toto über die Anträge der F.D.P., dann über alle Anträge der CDU und schließlich über alle Anträge der GRÜNEN abstimmen; wir haben keinen Bewegungsspielraum; wir sind überhaupt nicht bereit, darüber zu verhandeln; wir werden alles ableh-

(C)

nen. - Das ist so erklärt worden und ist im Protokoll dieser Sitzung so nachzulesen.

Tun Sie doch hier nicht so scheinheilig, als ob Sie das nun alles gefressen hätten. Im Grunde haben Sie es nicht, denn Sie wollten es überhaupt nicht.

Ich darf meinen Fraktionsvorsitzenden Achim Rohde zitieren, der an dieser Stelle vor drei oder vier Jahren gesagt hat: Sie haben wieder mit der Abstimmungs Guillotine zugeschlagen. Das war das, was Sie gemacht haben. Und angesichts dieses Umstandes überlegt man sich in den Oppositionsfractionen hin und wieder, ob es überhaupt sinnvoll ist, Änderungsanträge zu stellen, oder ob man künftig auf dieses Verfahren, was - so nennt man es beim Eiskunstlaufen - einem Schaulaufen gleichkommt, verzichtet.

Ökologische Abfallwirtschaft! Sie haben es angesprochen, und wir haben gesagt, daß wir in diesem Bereich kürzen wollen. Denn es geht ja nicht um ökologische Abfallwirtschaft, sondern hier geht es lediglich darum, daß Öffentlichkeitsarbeit dafür betrieben werden soll. Die Position "Öffentlichkeitsarbeit", ist ja an verschiedenen Stellen im Ministeriumshaushalt veranschlagt; es kommen dabei etliche Millionen DM zusammen. Und hier haben Sie für einen ganz speziellen Punkt noch einmal 3,3 Millionen DM rausgeholt.

(D)

Ich darf an dieser Stelle auch noch einmal an diese merkwürdigen Begleitumstände früherer Informationskampagnen erinnern. Wir haben darüber in diesem Hause häufig genug gesprochen, so daß ich es jetzt nicht mehr tun will.

(Minister Matthiesen: Was meinen Sie damit?)

- Wir können das alles noch einmal aufgreifen.

(Minister Matthiesen: Was meinen Sie damit?)

- Verehrter Herr Matthiesen, das, was Sie vor der letzten Landtagswahl gemacht haben und an anderen Stellen in diesem Bereich: Ich will das wirklich nicht alles aufwärmen, weil ich nicht glaube, daß es im Moment der Sache dienlich ist.

(A) (Kuhl [F.D.P.]

(Minister Matthiesen: Das wollte ich aber gerne von Ihnen hören!)

- Das weiß ich ja; wir können es vielleicht an anderer Stelle machen.

Nur: Wer betreibt denn im Moment diese Aufklärungsarbeit? - Die Mehrheit in diesem Landtag hat das Landesabfallgesetz beschlossen. Und wenn Sie sich in den Gemeinden und Kreisen unseres Landes umschauen, werden Sie feststellen, daß inzwischen jede Kommune gute Aufklärungsbroschüren in die Haushalte ihrer Bürger gibt.

Da werden Umweltkalender gemacht, die in diesen Tagen in fast alle Haushalte gebracht werden. Dort ist alles nachzulesen, was mit ökologischer Abfallwirtschaft zu tun hat. Dann gibt es das DSD, das Duale System Deutschland, das im Moment - sicherlich, weil es dringend notwendig ist - eine breit gesteuerte Aufklärungskampagne für ökologische Abfallwirtschaft betreibt.

Ich denke, deshalb muß die Landesregierung nicht diese horrenden Summen dafür ausgeben. Das kann man an anderer Stelle machen.

(B) Ich will noch ein Beispiel bringen. Was hat denn das Landesabfallgesetz unter dem Strich gebracht? Wir haben inzwischen in vielen Bereichen unserer nordrhein-westfälischen Wirtschaft Probleme mit der Wettbewerbsfähigkeit. Ich will Ihnen von einem Besuch berichten, den ich in der vergangenen Woche in einem Unternehmen ganz in der Nähe von Düsseldorf gemacht habe, wo es unter anderem um Schleifschlämme geht. Der Unternehmer sagte mir, sein Konkurrent in Bayern zahle für das, was er an Schleifschlamm zu entsorgen hat, 20 DM für die Tonne, weil es dort als Wertstoff wiederverarbeitet werden kann und dann irgendwo eingebracht wird. Hier in Nordrhein-Westfalen kostet die Tonne zwischen 700 und 1000 DM, weil sie nicht Wertstoff, sondern Abfall ist und entsorgt und verbrannt werden muß. Wenn das so ist, steht die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens auf der Kippe. Das sind 550 Arbeitsplätze, und dieser Unternehmer macht sich große Gedanken. Das sind Dinge, über die wir uns hier zu unterhalten haben.

(C)

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Kuhl, Herr Kollege Mai wollte Ihnen eine Frage stellen. Lassen Sie diese zu?

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Gern.)

- Bitte schön, Herr Mai!

Abgeordneter Mai (GRÜNE): Herr Kollege Kuhl, darf ich Sie an Ihre seinerzeitige Pressemitteilung erinnern, in der Sie dem Minister Matthiesen zu Recht vorgeworfen haben, daß er die Bürger verhöhne, indem er Sonderabfälle, die untertage verbracht werden sollen, jetzt als Wertstoffe deklarieren läßt? Jetzt fallen Sie eigentlich in die gleiche Argumentation zurück.

Abgeordneter Kuhl (F.D.P.): Verehrter Kollege Mai, Sie müssen hier erhebliche Unterscheidungen treffen. Ich habe überhaupt nichts dagegen, generell Untertagedeponien zu nutzen. Ich bin ganz froh - das will ich an dieser Stelle gleich sagen -, daß wir in Rheinberg bei Solvay hoffentlich nun endlich den Durchbruch geschafft haben, daß wir dieses Bergwerk als Untertagedeponie nutzen können. Darüber rede ich schon seit vielen Jahren. - Das Entscheidende ist aber: Wir müssen sehr sorgfältig auseinanderhalten, was Abfall ist, Abfall, der tatsächlich für nichts mehr zu gebrauchen ist, und was Wertstoff ist, mit dem man noch etwas anfangen kann. Das ist der entscheidende Punkt dabei.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Ich wollte noch einmal den Minister zitieren, der ja zu Recht sagt - ich kann das nur aus der Erinnerung wiedergeben, nicht wörtlich -, es gebe 35 Verordnungen, wie man Kälberohren beschneiden darf, oder so ähnlich.

(Minister Matthiesen: Ohrmarken bei Bullen!)

- Bei den Bullen, bei den Ohrmarken. Da gibt es 35 Gesetze und Verordnungen. Das ist in der Tat ein Witz. Wir sollten doch einmal gemeinsam überlegen - und ich biete das als Opposition ausdrücklich an -, ob wir nicht in der Lage sind, die Umweltschutzgesetz-

(A) (Kuhl [F.D.P.]

gebung einmal für zwei oder drei Jahre völlig aussetzen. Der Kollege Mai von den GRÜNEN lacht.

(Zuruf von der SPD: Da kann man auch nur lachen!)

Das gilt sowohl für das Land als auch für den Bund und - vielleicht mit vereinten Kräften - auch für Europa. Denn wenn wir mit der Folge neuer Verordnungen und Gesetze von Europa, Bund und Land so weitermachen, werden wir nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit unserer nordrhein-westfälischen Wirtschaft immer weiter gefährden, sondern dann wird auch die Politik im Umweltbereich nicht mehr berechenbar bleiben, und das ist eigentlich das entscheidende Manko, das wir derzeit aufzuarbeiten haben. Deshalb biete ich hier noch einmal die Mitarbeit der Freien Demokraten an.

Wir haben ja in der Tat - Herr Kollege Strehl, Sie haben das angesprochen - beim Vollzug dieser Umweltgesetze und -verordnungen erhebliche Defizite. Ich will das noch einmal Revue passieren lassen. Verstöße gegen Vorschriften des Gewässerschutzes: 1990 3 173. Verstöße gegen Verordnungen und Gesetze der Abfall- und Abwasserbeseitigung: 1990 2 671. Verstöße gegen Luftreinhaltemaßnahmen: 1990 363. Die Zahl der Verfahren zu Umweldelikten ist von 1984, wo wir in diesem Bereich 2 245 Straftaten zu beklagen hatten, auf 7 649 im Jahr 1990 gestiegen, also fast um 200 %.

(B)

In diesen Bereichen bleibt eine ganze Reihe von Fragen völlig offen. Denn man muß sich ja auch die Frage stellen, ob diese Verfahren eigentlich alle abgeschlossen sind, ob man daraus Konsequenzen, und wenn ja, welcher Art, gezogen hat.

Deshalb sage ich noch einmal sehr deutlich: Die Politik auch in Nordrhein-Westfalen hat ebenfalls in dieser Frage sowohl für die Bürger als auch für die Unternehmen Sicherheit zu schaffen.

Kommen wir zu dem Bereich der Altlasten! Wir alle wissen, daß wir in Nordrhein-Westfalen 13 000 Altlasten haben, von denen 10 %, vielleicht inzwischen 13 oder 14 % untersucht worden sind. Aber das Untersuchen allein hilft nicht. Diese Altlasten - meist kontaminierte Flächen, verseuchte Böden - müssen natür-

lich gereinigt und beseitigt werden.

Automatisch kommt man zum nächsten Bereich, nämlich Abfallproblematik, Abfallentsorgung. Wo sind die Entsorgungsanlagen, die wir in Nordrhein-Westfalen sowohl im Bereich des Sondermülls als auch des Hausmülls noch dringend brauchen? Der Müllnotstand, über den wir seit Jahren hier von dieser Stelle reden und der von den meisten Rednern in die Ferne prognostiziert wird, ist latent vorhanden. Ich will Ihnen das an einem Beispiel aus dem Kreis Wessel, aus dem ich komme, deutlich machen. Dort haben wir in Rheinberg eine Mülldeponie Winterswijk. Alle Politiker, von der Landesregierung bis zu den Kommunalpolitikern, haben den dortigen Bürgern ehrenwörtlich versprochen - schriftlich fixiert -: Diese Deponie wird 1993 auslaufen; dann wird dort nicht mehr gekippt. Wir suchen nach anderen Lösungen.

Gesucht hat man ja. Gefunden hat man vielleicht auch. Asdonkshof ist als Stichwort in dieser Frage zu nennen; dort soll eine Entsorgungsanlage entstehen. Nur, jetzt gehen die gleichen Politiker - das meine ich auch mit der Sicherheit für die Bürger -, die den Bürgern in Rheinberg versprochen haben, 1993 Ende der Kipp- und Schüttdauer dort, hin und sagen: Wir müssen das verlängern, wir brauchen noch einmal sechs Jahre.

(C)

(Minister Matthiesen: Warum habt ihr vor Ort so viele Jahre diskutiert und nicht gehandelt?)

- Finde ich toll! Dann lesen Sie einmal alles nach, was ich dazu gesagt habe.

(Minister Matthiesen: Sie, ja!)

- Ja, ich, genau! Ich habe da eine unheimlich gute Position, Herr Kollege Matthiesen.

Und dann schauen Sie bitte - jetzt fange ich nicht bei Ihrer Partei an -, was die GRÜNEN dazu gesagt haben, aber auch was die Kollegen Ihrer Partei, der SPD, und die der CDU gesagt haben. Dann wissen Sie, wo das alles hängt. Da haben wir als Freie Demokraten wirklich eine hervorragende Position.

(Minister Matthiesen: Aber nur dort, an anderer Stelle nicht!)

(D)

(A) (Kuhl [F.D.P.]

- Nein, nein, an anderer Stelle auch. Da nenne ich einmal den Standort des Kollegen Tschoeltsch. Da haben die Freien Demokraten hervorragende Positionen.

(Minister Matthiesen [lachend]: Dat jibbet doch gar nich!)

- Natürlich! - Sie können uns mit diesen Dingen weder untereinander noch gegeneinander aushebeln. Das läuft einfach nicht, das schaffen Sie nicht. Nur, das sind die Punkte, auf die wir achten müssen.

Jetzt sehe ich gerade mit Bedauern, daß meine Redezeit zu Ende geht. So ist das, wenn man keine Rede vorbereitet hat. Aber gut, ich muß jetzt zum Schluß kommen, und ich will das dann auch tun. Ich habe natürlich noch ein paar Stichworte aufgeschrieben, über die ich jetzt springen muß.

Lassen Sie mich nur noch eines nennen, und damit will ich zum Ende kommen: Es wird schlimmer werden, was die Umweltproblematik in Nordrhein-Westfalen insgesamt angeht. Lassen Sie mich das auch mit diesen berühmten Werbesprüchen vergleichen: "Nicht immer, aber immer öfter!" Wir werden immer öfter dieses Thema auch in diesem Hause zu behandeln haben, weil es nicht funktioniert, wie es in Nordrhein-Westfalen gehandhabt wird.

(B)

Schließen will ich dann wirklich, meine Damen und Herren, mit einem Satz, von dem ich manchmal - nicht immer, Herr Matthiesen - durchaus den Eindruck habe, daß dies die Zielrichtung der Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen ist, nämlich: Es gibt viel zu tun, also lassen wir es liegen.

(Beifall bei der F.D.P. - Abgeordneter Strehl [SPD]: Unwahrscheinlich witzig!)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke dem Kollegen Kuhl. - Für die GRÜNEN-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Mai das Wort.

Abgeordneter Mai (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Zeiten enger werdender Finanzspielräume muß gespart werden. Das ist richtig.

(C)

Das meinen wir auch, und das ist sogar sehr oft gut so. Denn die notwendigen Aufgaben- und Ausgabenkritiken beinhalten ja auch Chancen für den Schutz der Umwelt: Die Milliarden und Millionen für den Straßenbau werden geringer, ökologisch bedenkliche Großprojekte werden aufgegeben, unsinnige Subventionen fallen weg.

So besteht die Chance, daß deutlich wird, was im Sinne des Umweltschutzes wirklich notwendige Aufgaben und Ausgaben sind. Es wird vielleicht endlich einmal konkret nachgefragt, wer eigentlich der Verursacher für Umweltfolgekosten ist und wer wieviel für die Dienstleistungen der nordrhein-westfälischen Umweltbehörden zu zahlen hat.

Wir GRÜNEN fordern seit langem ehrliche Preise und die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips in der Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen. Hier gilt es, nicht nur auf Bonn und die Bundesregierung zu verweisen, wie es die Landes-SPD immer wieder macht. Hier in Nordrhein-Westfalen gibt es Möglichkeiten, die neue Handlungsspielräume für eine konsequente und effiziente Umweltpolitik eröffnen.

Der Landtag hat die Landesregierung im Jahre 1991, als wir unsere Vorschläge für die Einführung von dynamisch steigenden ökologischen Abgaben hier vorgetragen haben, in einem Entschließungsantrag einstimmig aufgefordert, dem Parlament einen Bericht zum Thema Ökoabgaben vorzulegen. Umweltminister Matthiesen hat sich bis heute erfolgreich davor gedrückt. Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, vielleicht nehmen Sie sich ihn einmal vor die Brust, damit wenigstens dieser Bericht endlich herüberkommt.

(D)

Daß Herr Matthiesen sich hier drückt, ist aus seiner Sicht natürlich verständlich. Würde doch, Herr Minister, bei näherem Hinsehen offenbar, daß Sie zwar landauf, landab das Prinzip der ehrlichen Preise predigen - wie ich es eben schon versucht habe, deutlich zu machen -, es in Wahrheit aber für das Land Nordrhein-Westfalen strikt ablehnen.

Es würde auch deutlich, wie viele andere Bundesländer Ökoabgaben schon eingeführt haben, nämlich - ich habe das eben schon erzählt - Baden-Württemberg, übrigens unter CDU-Führung, Hessen und

(A) (Mai [GRÜNE])

demnächst auch Bremen die Sondermüllabgabe und Berlin, Hamburg, Baden-Württemberg und Niedersachsen - soweit ich weiß - eine Grundwasserentnahmeabgabe.

Diese ökologischen Abgaben dienen als ein marktwirtschaftlich orientiertes Steuerungsinstrument, um Anreize für Wirtschaft und Industrie zu schaffen, Sondermüll auch wirklich zu vermeiden oder die Wasserverschwendung zu stoppen und Energie und Emissionen wirklich einzusparen. An dem Beispiel unserer Abwärmeabgabe wird deutlich, was man mit diesem Mittelaufkommen kurzfristig auch mobilisieren kann, was man erreichen kann.

Wir haben in unserem Antrag ja aufgeführt,

- daß wir allein für die Forschung zur rationellen Energieausnutzung und für erneuerbare Energiequellen im nächsten Jahr 4 Millionen DM bereitstellen können;
- für den unbedingt erforderlichen Nah- und Fernwärmeausbau, der ja auch im Bericht der Enquete-Kommission Klimaschutz des Deutschen Bundestages gefordert wird, für Nordrhein-Westfalen allein 100 Millionen DM als erste Rate;

(B)

- für kommunale Energieprogramme, wo Sie massiv gekürzt haben, 50 Millionen DM;
- für ein Solarprogramm 100 000 Dächer in Nordrhein-Westfalen 40 Millionen DM im nächsten Jahr;
- für eine wirkliche Energieagentur in Nordrhein-Westfalen, die den Namen auch verdient, 20 Millionen DM;
- für rationelle Energieausnutzung und für erneuerbare Energien, also für das Programm, das Sie zur Zeit gestoppt haben, 41 Millionen DM, damit auch der Vollzug gesichert werden kann;
- für Maßnahmen der Gewerbeaufsicht, wo wir auch ein ganz großes Vollzugsdefizit haben, 30 Millionen DM;

(C)

- schließlich für Maßnahmen der Energieaufsicht noch einmal 15 Millionen DM.

Meine Damen und Herren! Wir haben im letzten Monat zwei Gutachten des Ökoinstituts vorgelegt, die belegen, was alle Oppositionsfraktionen des Landtags hier im Hause gefordert haben, nämlich, daß das Sonderabfallrahmenkonzept des MURL grundlegend überprüft und überarbeitet werden muß.

Die Defizitanalyse des Öko-Instituts weist bezüglich des Rahmenkonzepts "Sondermüll" erhebliche Mängel nach und zeigt, daß ähnlich wie das die Prognos AG und das Öko-Institut in ihren Gutachten für das Land Niedersachsen nachgewiesen haben, erhebliche Sonderabfallvermeidungspotentiale sogar kurzfristig zu mobilisieren sind, die sich in den Betrieben sogar betriebswirtschaftlich ökonomisch in kürzester Zeit auch rechnen.

In Nordrhein-Westfalen, dem Bundesland mit den mit Abstand höchsten Sondermüllproduktionsraten Europas, sind, so die Gutachter, kurzfristig, wie gesagt, allein 40 % des brennbaren Sondermülls vermeidbar. Ähnliche Vermeidungsraten haben die Städte Unna und Werl - in Ihrem Wahlkreis, Herr Minister - in ihrem Gutachten, das auch an das Öko-Institut vergeben worden ist, bezüglich des zu deponierenden Sondermülls für den Regierungsbezirk Arnsberg ermittelt. 40 % bis 50 % sind vermeidbar!

(D)

Noch höhere Vermeidungsquoten sowie eine schnellere Umsetzung sind durch die von uns vorgeschlagene Sondermüllabgabe zu mobilisieren, wenn die Hebesätze gezielt ermittelt und dann auch dynamisch gesteigert werden.

Die Sondermüllabgabe ist im Gegensatz zu der jetzigen Lizenzierung - Herr Strehl, da komme ich auf Ihr Argument - ein höchst effizientes Instrument zur Steuerung von Abfallvermeidungsaktivitäten, das, was das Lizenzmodell bei der jetzigen Ausprägung mit den geringen Hebesätzen überhaupt nicht leisten kann.

Mit Interesse habe ich aber einen Artikel vom LWA gelesen, in dem beschrieben wird, wie das Lizenzmodell zu einer Sondermüllabgabe weiterentwickelt werden kann. Ich würde wünschen, daß man in Nordrhein-Westfalen auf diesem Wege weiterginge - einer

(A) (Mai [GRÜNE])

Weiterentwicklung des Lizenzmodells, was ja bisher gescheitert ist, wie man klar sagen muß.

Auch angesichts des Flops mit der Töpferschen Abfallabgabe, die ja seit Jahren im Gespräch ist und die wohl in dieser Legislaturperiode gar nicht mehr oder wenn, dann stark verstümmelt, kommen wird, wünschte ich mir, daß die SPD in Nordrhein-Westfalen den Mut aufbrächte, an diesem Punkt ihre eigenen programmatischen Forderungen umzusetzen, also den großen Worten auch einmal konkrete Taten folgen zu lassen.

Mit den aus den Öko-Abgaben zur Verfügung stehenden Finanzmitteln ließen sich neben einer zügigen Altlastensanierung, Herr Kuhl, die ja auch notwendig ist, konkrete Abfallvermeidungstechnologien entwickeln und umsetzen. Dann, aber erst dann, Herr Minister Matthiesen, ließe sich daran denken, die Verwaltung von bestimmten Kontrollaufgaben zu entlasten und so das immense Vollzugsdefizit in den Umweltbehörden abzubauen. Aber erst dann, wenn konkrete Alternativen in Nordrhein-Westfalen umgesetzt werden, jedoch nicht einfach so!

(B) Was passieren kann und wohl auch immer öfter passieren wird, wenn das Vollzugsdefizit nicht behoben wird und gleichzeitig keine Alternativen entwickelt werden, zeigt aktuell der Salzsäureunfall in Aachen, wo die Behörden Anfang 1988 schon eine umfangreiche Mängelliste ermittelt hatten, die aber ohne Folgen blieb, d. h. die Folgen dieser mangelnden Kontrolle müssen wir heute zur Kenntnis nehmen. Die Schäden dieser Unterlassungen sind wieder einmal immens; sie erreichen Millionenhöhe.

In dieser Situation schrumpft der Umweltetat des Landes Nordrhein-Westfalen von, gemessen am Gesamthaushalt, mickrigen 2,1 % im Jahre 1986 auf 1,5 % im Jahre 1992. 1993 soll dieser Minimalansatz nun noch einmal halbiert werden. Die Antwort auf die Kleine Anfrage des Kollegen Dr. Busch zu diesem Thema liegt ja inzwischen vor, und er wird, wie ich denke, darauf nachher noch eingehen.

Diese Strategie, nämlich die der Kürzung des Umweltetats, wird meiner Ansicht nach nicht nur umweltpolitisch, sondern auch finanzpolitisch ungeheure Belastungen für die Zukunft mit sich bringen. Hier

(C)

liegt unser Dissens zu Ihrer Regierungspolitik, Herr Minister Matthiesen. Aus vermeintlich kurzfristigen Vorteilen werden von Ihnen bewußt ökonomische Folgekosten für die künftige Generation in Kauf genommen. Wir GRÜNEN sind der Meinung, daß es nicht verantwortbar ist, das Land mit immer mehr und mit immer größeren - wie das hier auch gefordert wird - Sondermülldeponien und Verbrennungsanlagen zu überziehen

(Beifall des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

und gleichzeitig so gut wie nichts in Richtung Vermeidung zu tun, sondern wie Sie, Herr Minister Matthiesen, von ständig wachsenden Giftmüllmengen auszugehen. Wir wollen hier eine schnelle Umsteuerung,

(Minister Matthiesen: Den Rest ins Ausland?)

damit wir erstens von dem in Nordrhein-Westfalen immer noch praktizierten Müllexport abkommen

(Minister Matthiesen: Rest ins Ausland?)

- genau darauf gehe ich ein - und um die Entsorgung in unserem Lande zu gewährleisten, zweitens, daß wir soweit wie möglich auf neue Entsorgungsanlagen verzichten können.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN - Minister Matthiesen: Und den Rest ins Ausland?)

Dazu sind aber steuernde Eingriffe zum Beispiel mit Hilfe von Öko-Abgaben, also das Setzen konkreter Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, notwendig und unverzichtbar. Diese Rahmenbedingungen können so gestaltet werden, daß sie für die Wirtschaft berechenbar sind. Das wollen wir. Die Erfahrung zeigt, daß auf diesem Weg langfristig die Arbeitsplätze gesichert werden. Wir alle wissen, daß ein so exportorientiertes Land wie Nordrhein-Westfalen nur mit Technologien, deren Umweltstandards führend sind und die auch die Vorsorge betreffen, erfolgreich sein kann.

Ähnliches gilt neben dem Sondermüll und dem Immissions- und dem Wasserschutz auch für den Kli-

(A) (Mai [GRÜNE])

maschutz.

Seit 1985 sind die Mittel des Landes Nordrhein-Westfalen im Bereich rationeller Energienutzung um fast 60 % heruntergefahren worden, und das angesichts der Klimasituation, die wir haben!

Aktuelles Beispiel ist das REN-Programm, über das wir ja wohl nächsten Mittwoch auch noch detailliert sprechen werden.

Obwohl es offensichtlich eine Bereitschaft in der Bevölkerung gibt, in regenerative Energiemaßnahmen zu investieren, obwohl es für den Erfolg dieses Programms spricht, daß es einen Überhang von nicht-bearbeiteten 8 000 Anträgen gibt, wird dieses Programm von dieser Regierung hier nicht entsprechend aufgestockt, und der Vollzug wird nicht gesichert, sondern es wird kurzfristig ausgesetzt. Ich meine, das ist ein weiterer umweltpolitischer Offenbarungseid, meine Damen und Herren.

Aber auch die notwendige Energiesparoffensive mit Instrumenten, wie sie auch im Klimabericht von der Landesregierung versprochen und angekündigt worden sind - wie Least-cost-planning, wie Contracting und Fernwärmeausbau - kommen in Nordrhein-Westfalen nicht voran.

(B)

Die Landesregierung setzt dagegen konkret weiter auf ökologisch unsinnige Projekte wie etwa das 700-MW-Kraftwerk in Gelsenkirchen, obwohl Herr Einert heute gesagt hat, es wäre in den nächsten acht Jahren überhaupt kein Zubau von Kraftwerken notwendig. Sie macht unkritisch die verfehlte Energiepolitik der Konzerne der 70er Jahre hier weiter. Neben der Klimagefährdung, dem ungebremsten Verkehrswachstum auch in Nordrhein-Westfalen und den immer noch wachsenden Abfallbergen halte ich die zunehmende Freiraumversiegelung für ein weiteres zentrales und umweltpolitisches Problemfeld Nummer 1, für das die Landespolitik zuständig ist.

Der Freiraumschutz war in Nordrhein-Westfalen einmal wichtig. Die gesetzlichen Vorgaben sind hier zum Teil vorbildlich. Sie werden aktuell aber durch den Druck von Industrieverbänden und Kommunen, die in einer Art Torschlußpanik über den Bedarf hinaus immer neue, immer größere Gewerbegebiete

(C)

ausweisen und erschließen wollen, zunehmend ausgehebelt. Dies geschieht gelegentlich auch an den zuständigen Regierungspräsidenten - zum Beispiel Dr. Antwerpes in Köln - vorbei und wird verantwortet durch den zuständigen Landesplanungsminister - der hier sitzt, es ist Herr Matthiesen persönlich. Beispiele könnte ich, wenn die Zeit reichte, gern nennen.

Meine Damen und Herren! Es wird deutlich, daß Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen von der Landesregierung als "Luxus" definiert wird, den man sich in ökonomisch schwierigen Zeiten nicht leisten könne. Dies sehen wir GRÜNEN anders. Umweltpolitik ist aus unserer Sicht in erster Linie Wirtschaftspolitik, die langfristig und auch in bezug auf die folgenden Generationen verantwortet werden muß. Das Schielen der SPD-Landesregierung darauf, mit dem Unterlassen ökologisch notwendiger Schritte kurzfristige ökonomische Erfolge zu erzielen, wird sich später rächen. Das ist meine feste Überzeugung.

Die Auszeit in Sachen Umweltschutz, die sich diese SPD-Regierung nimmt, entspricht zwar dem aktuellen Meinungstrend - das haben wir ja eben auch gehört -, dem Sie auch in anderen Feldern aktuell nachlaufen. Den ökonomischen und ökologischen Verlust wie auch den Verlust der Glaubwürdigkeit, den Sie jetzt auch beim Thema Schutz der Umwelt erleiden, werden Sie aber wohl nicht mehr wettmachen können.

(D)

Meine Damen und Herren! Der Schutz der Umwelt ist keine "Luxusaufgabe". Er ist Voraussetzung für jedes Wirtschaften. Deshalb plädieren wir für eine strikte Integration der Umweltvorsorge in den Wirtschaftsprozess, und nicht später, sondern heute. Wir sind sicher, daß unser Konzept Erfolg haben wird. Der notwendige Umbau ist dabei gewiß nicht einfach zu bewerkstelligen, er wird Belastungen und Konsequenzen haben.

Wir Politiker haben aber die Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern die Wahrheit zu sagen, und dazu gehört Mut und das Eingeständnis, daß unsere Wachstums- und Wohlstandsgesellschaft, unser Wachstums- und Wohlstandsmodell für den großen Rest der Welt eben nicht vorbildhaft sein kann. Wir wissen alle: Dies würde der Globus nicht aushalten. Deshalb gilt es, da anzufangen, wo es für jeden von uns möglich

(A) (Mai [GRÜNE])

ist. Das bedeutet für uns Landespolitiker: hier im Industrieland Nordrhein-Westfalen mit seiner weltweit führenden Energie- und Chemieindustrie.

Die Konzeptionen, die wir Ihnen auch heute wieder vorlegen, sind nicht neu. Sie sind in anderen Bundesländern umgesetzt und erprobt, und sie stehen zum großen Teil in Ihren eigenen Parteiprogrammen, meine Damen und Herren von der SPD.

Letzte Frage: Wie lange wollen Sie eigentlich noch warten? - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke dem Herrn Kollegen Mai von der GRÜNEN-Fraktion und erteile dem Herrn Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Herrn Matthiesen, das Wort.

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich es richtig wahrgenommen habe, war die Debatte zu meinem Einzelplan in diesem Jahr eine ziemlich kraftlose Veranstaltung von der Opposition. Ich will nicht von "lustlos" sprechen, aber kraftlos war sie auf jeden Fall.

(B)

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Herr Strehl war wohl das Vorbild!)

Dies ganz offensichtlich, weil Ihnen mittlerweile konzeptionell ein bißchen die Luft ausgegangen ist. Das ist angesichts der erreichten Erfolge, die wir in unserem Lande haben, ja auch durchaus verständlich,

(Beifall bei der SPD - Oh! von den GRÜNEN - Abgeordneter Frechen [SPD]: Sehr gut! - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Eigenlob stinkt!)

auch angesichts der Tatsache, daß die Reformdebatte, die über die Umweltpolitik der Zukunft geführt wird, konzeptionell und intellektuell bisher von Ihnen überhaupt nicht befruchtet worden ist. Sie ist von uns begonnen worden, und wir allein sind Garanten dafür, daß sie zu einem neuen Konzept für die Zukunft zu

(C)

Ende gebracht wird.

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Wer hat Ihnen das denn aufgeschrieben? - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: You're the greatest!)

- Na, Herr Vesper, ich liebe ja, wie Sie wissen, Ihre Zwischenrufe. Aber wenn ich Ihre Broschüre "Halbzeit" der GRÜNEN sehe:

(Minister Matthiesen hält die Broschüre hoch. - Abgeordneter Mai [GRÜNE]: Höher!)

erst mal auf Hochglanzpapier, meine Damen und Herren! Und was ich so furchtbar nett finde: Es sind alles rote Äpfel, in der Mitte so'n grüner -

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Tomaten, Herr Matthiesen! Rote Tomaten!)

in einem Meer von voll ausgereiften roten ein kleiner grüner unausgereifter Apfel. Das ist die wirkliche politische Situation in unserem Lande.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Das ist die Realität, ja! - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

(D)

Ich komme auf die Broschüre gleich zurück, Herr Vesper.

Vizepräsident Schmidt: Herr Matthiesen, gestatten Sie eine Frage von Herrn Vesper?

(Minister Matthiesen: Ja sicher, gern!)

Herr Vesper, bitte!

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Herr Matthiesen, geht Ihr Differenzierungsvermögen wirklich nicht so weit, daß Sie reife Äpfel von Tomaten

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Matschige Tomaten!)

(A) (Dr. Vesper [GRÜNE])

- matschigen Tomaten - unterscheiden können?

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Also, ich hab' nie gewußt, daß Tomaten so'n Stengel haben.

(Zurufe)

Aber wenn Sie selbst nicht wissen, was Sie da abgedruckt haben, stelle ich Ihnen mein Exemplar gern zur Verfügung.

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Wir brauchen jetzt ein farbiges Protokoll!)

Sie sollten da sowieso zurückhaltend sein, denn da steht inhaltlich nicht viel drin - aber schöne Bilder! Zum Beispiel ganz zu Anfang: Herr Vesper, die Jacke etwas über die Schulter geschlagen, so richtig der nette Macho von nebenan. Erstes Bild.

(Heiterkeit bei SPD, CDU und F.D.P.)

Dann kommt das Bild von Frau Höhn mit der Überschrift: Was wir ändern würden, wenn wir doch könnten! - Richtig schön!

(B)

(Allgemeine Heiterkeit)

Dann geht es weiter: Herr Mai, der eben gesprochen hat, wird gestützt von zwei Flügelleuten, von Realo und Fundi.

(Allgemeine Heiterkeit)

Und damit er auf die gleiche Höhe kommt, hat er sich auf einen Mülleimer draufgestellt.

(Allgemeine Heiterkeit)

Es geht aber noch weiter, meine Damen und Herren! Dann Sigi Martsch - mit der Mistforke in der Hand,

(Heiterkeit)

so nach dem Motto:

(C)

(Abgeordneter Martsch [GRÜNE]: Dir werd' ich's zeigen! - Große Heiterkeit und Beifall)

im Stall müsse man - -

Das tollste Bild, das finde ich überhaupt stark - leider ist Frau Höhn jetzt nicht da -: Frau Höhn und Herr Vesper zusammen auf einem Bild, strahlend lächelnd, sozusagen: Man merkt richtig die herzliche Abneigung, die auch der Fotograf nicht verbergen konnte.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich muß schon sagen, meine Damen und Herren: Ich hab' das mit so großer Freude gesehen. Und dieses Glanzpapier!

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Die haben ja sogar anständiges Papier!)

Als Sie anfangen, haben Sie uns Blumen in Plastikbechern überreicht. Jetzt setzen Sie das mit Hochglanzbroschüren fort. Das ist so eine Sache mit den kraftvollen Bemerkungen im Grundsätzlichen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Ich hoffe, Sie haben auch darin gelesen, nicht nur die Bilder angeguckt!)

(D)

Lassen Sie uns einmal über das Konkrete sprechen.

Vizepräsident Schmidt: Herr Minister, würden Sie vorher noch eine Frage von Herrn Mai zulassen?

(Minister Matthiesen: Aber gern!)

Bitte, Herr Mai!

Abgeordneter Mai (GRÜNE): Herr Minister, nur um das zu korrigieren: Können Sie erkennen, daß die Broschüre aus weißem ungebleichten und chlorfreiem Papier ist?

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Aber natürlich. Ich kann das nicht erkennen, aber ich glaube es Ihnen. Das ist ja

(A) (Minister Matthiesen)

auch schon ein Fortschritt. Aber Hochglanz bleibt nun einmal Hochglanz. Und von Ihnen hätte ich etwas anderes erwartet, das muß ich einmal ganz deutlich sagen - mit mir doch wohl alle hier im Parlament.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Wir sind eben hochglänzend. - Abgeordneter Frechen [SPD]: Der Sündenfall! - Zurufe von allen Seiten)

- Herr Rohde, das müssen Sie sich angucken, auch die Bilder. Ich sage Ihnen: Da haben Sie Spaß dran.

Vizepräsident Schmidt: Herr Minister, würden Sie noch eine Frage von Herrn Lindlar zulassen?

(Minister Matthiesen: Ja, bitte gern.)

Herr Lindlar, bitte.

Abgeordneter Lindlar (CDU): Herr Minister, könnten Sie sich vorstellen, daß sich die GRÜNEN vielleicht an den sehr werbewirksamen Broschüren Ihres Hauses eine Vorlage genommen haben?

(B) (Minister Matthiesen: Ja, ja.)

Könnten Sie sich zum zweiten vorstellen, daß sich der Hinweis - dieser kleine grüne Apfel inmitten der roten - so deuten ließe, daß die GRÜNEN gerne bei Ihnen als Staatssekretär oder ähnliches reüssieren würden?

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Herr Lindlar, daß erstere kann ich mir vorstellen. Nur, ich habe ja auch nie behauptet, daß wir alternativ sind. Die haben aber ständig von sich behauptet, sie seien alternativ, und hier hätten sie eine Möglichkeit gehabt.

Das andere, das kann ich mir nicht vorstellen. Das übersteigt meine Vorstellungskraft. Zum anderen unterschätzen Sie den Ehrgeiz auch von Herrn Vesper, der würde es mit einem Staatssekretär nie machen. Der will viel weiter. Nur, der wird nicht können. Das ist der Punkt.

(Allgemeine Heiterkeit)

Sie müssen nur einmal sein Bild angucken, wie forscher nach vorne schreitet. Hinter ihm stehen sie dann, Siggie Martsch und andere mit der Mistforke.

(Heiterkeit)

Das hat ja alles symbolhafte Bedeutung, meine Damen und Herren. Nein, ich wollte sagen: Wir sollten uns hüten, von den tatsächlichen Erfolgen in Nordrhein-Westfalen im Umweltschutz abzulenken

(Lachen - Abgeordneter Kreuz [GRÜNE]: Das war doch eine einzige Ablenkung vom Mißerfolg!)

und von diesem Land ein Zerrbild zu zeichnen. Wir haben große Erfolge. Ich will nur die Stichworte nennen: Die Umrüstung, Entschwefelung, Entstickung unserer Kraftwerke, die Umrüstung der Industriebetriebe bis 1994 - das sind ökologische Umrüstungsprogramme in Milliardenhöhe, bei denen wir nicht mit öffentlichen Förderprogrammen gearbeitet haben, sondern das Verursacherprinzip zur Anwendung gebracht haben. Das hat der Umwelt gutgetan, dem Anlagenbau, der industriepolitischen Entwicklung. Das hatte technologie-, forschungs- und strukturpolitische Impulse für unser Land.

Daß wir heute Spitzenadresse sind im Bereich der Umwelttechnik, kommt nicht von ungefähr. Wenn wir heute mehr und mehr als Industrieland, das sich ökologisch erneuert und das sich in einem aktiven, auch ökonomischen Strukturwandel befindet, ein Modell zunehmend auch für andere Regionen dieser Welt geworden sind, dann, finde ich, kann uns das schon ein bißchen stolz machen.

Aber richtig ist auch, darüber nachzudenken, ob denn die Phase der Umweltreparatur, mit der wir es vor allen Dingen in den letzten zehn Jahren zu tun hatten, nicht sozusagen in eine zukunftsorientierte Phase von Umweltvorsorgepolitik einmünden muß. Der Meinung bin ich sehr.

Umweltvorsorge heißt integrierte Umwelttechnologie im Produktionsprozeß, heißt im Grunde - technologisch auch gesprochen -, daß Produktionsprozesse

(C)

(D)

(A) (Minister Matthiesen)

künftig weniger Abfälle produzieren müssen, weniger Energie verbrauchen dürfen, weniger Immissionen emittieren und dabei Umweltverträgliches produzieren. Ein solcher Sprung von nachsorgender Umwelttechnologie oder nachgeschalteter Umwelttechnologie hin zu integrierter Umwelttechnologie im Produktionsprozeß ist sowohl ökologisch als auch auf Dauer ökonomisch vernünftig.

Nur die Frage ist zu stellen, Herr Kollege Mai - darüber werden im Grundsatz zu streiten haben -, mit welchen Konzepten man politisch, administrativ und gesetzgeberisch diese neue Qualität der Umweltpolitik einleiten will. Da bestreite ich ganz energisch Ihr Konzept, das da lautet "undifferenziert eine Vielzahl von Abgaben", von denen Sie dann sagen, man müsse sie dynamisch ausgestalten. Damit schaffen Sie ordnungspolitisch Verwirrung.

Eine Abgabe, die man erhebt, erhebt man nicht, um dynamisch Einnahmen zu erzielen, sondern man erhebt sie, um möglichst schnell einen bestimmten Zweck zu erreichen, und dann soll das Aufkommen möglichst schnell bei null landen, nicht?

(B) Ich habe erhebliche Zweifel, ob Ihr Konzept ständig neuer Förderprogramme nicht im Gegensatz zu dem steht, was Sie dann gleichzeitig beschwören, nämlich der konsequenten Anwendung des Verursacherprinzips. Ich habe noch mehr Zweifel, wenn Sie immer mehr detaillistische Regelungen, immer mehr differenzierte Gesetzgebung, darauf aufbauend immer mehr öffentliches Personal und immer mehr Kontrolle und Verwaltung fordern. Das kann nicht der richtige Weg sein.

Ich sage Ihnen deutlich: Wir sind an einem kritischen Punkt bei Bund und Ländern und haben darüber nachzudenken, wie wir das komplizierte Gesetzeswerk nicht in den Umweltstandards absenken, auch nicht um die Öffentlichkeit von Beteiligungsmöglichkeiten auszuschließen, aber kritisch daraufhin zu überprüfen, ob die ökologisch/ökonomische Wirkung überhaupt noch dynamisch entfaltet werden kann oder ob wir uns am Ende nicht in einem Regelwerk verstricken, an dem wir uns selbst zu Tode administrieren. Das ist der entscheidende Punkt. Da unterscheiden wir uns zum Beispiel von Ihren Vorstellungen fundamental.

(C)

Frau Dr. Schraps, ich glaube Sie, aber auch Herr Kuhl, haben die Frage der Genehmigungsverfahren angesprochen. Das ist ein beliebtes Thema. Ich bin da ganz offen. Wir haben in den letzten zwei Jahren an diesem Thema sehr gearbeitet. Ich gucke einmal Herrn Rohde an, der weiß als ehemaliger Regierungspräsident, wie kompliziert die Dinge damals schon aufgrund bestehender Gesetze waren und wie kompliziert sie heute geworden sind.

Wir haben an administrativen Maßnahmen in einem Flächenland eigentlich alles getan, was man überhaupt nur tun kann. Wenn wir weiterkommen wollen, müssen die Bundesgesetze entrümpelt werden, und wir müssen der Regelungswut der europäischen Bürokratie rechtzeitig einen Riegel verschieben. Ich begrüße es deshalb sehr, wenn Töpfer - jetzt mit Frau Schwatzer zusammen - in einer Pressekonferenz öffentlich verkünden, daß sich das Bundeskabinett mit dieser Frage beschäftigt hat. Töpfer sagt wörtlich - das könnte von mir stammen -:

Die Praxis in Deutschland zeigt: Lange Genehmigungsverfahren sind kein Gewinn für die Umwelt, sondern ein Verlust. Denn mit bürokratisch schwerfälligen Verfahren verhindern wir, daß Umweltentlastungen rasch wirksam werden. Diese ökologische Selbstblockade

(D)

- so Töpfer -

müssen wir durch eine Entrümpelung von Genehmigungsverfahren aufheben.

Recht hat er. Das Wort "ökologische Selbstblockade" kommt von mir. Ich bin ihm nicht böse, daß er es übernommen hat, denn es beschreibt den Sachverhalt richtig.

Dann präsentiert er eine ganze Menge an Reformvorschlägen zur Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes, des Abfallgesetzes und anderer Dinge mehr, kommt zum Schluß und sagt: "Wenn wir das tun würden, würden wir die Genehmigungsverfahren in der Bundesrepublik Deutschland um ein Drittel hinsichtlich der Zeitdauer reduzieren können."

Ich unterstütze ausdrücklich die Bundesregierung bei diesem Bemühen und weiß jetzt schon, daß dieses

(A) (Minister Matthiesen)

Bemühen von einigen Bundesländern und der Bundesregierung von bestimmten politischen Kräften verdächtigt werden wird nach dem Motto: "Die wollen die Umweltstandards abbauen oder die Beteiligungsrechte der Bürger einschränken."

Darum geht es überhaupt nicht, sondern es geht darum, daß wir den ökologischen Fortschritt beschleunigen, und zwar auf eine intelligente Art und Weise so, daß gleichzeitig das Wirtschaftswachstum und die Investitionen nicht gebremst, sondern befördert werden, weil gerade bei nachlassender Konjunktur die Verbindung von Ökologie und Ökonomie nur im Rahmen eines Gesamtkonzepts aufrechterhalten werden kann.

Deshalb, Frau Dr. Schraps, kann es in diesem Zusammenhang gar nicht darum gehen, gerade dort mit dem Streichen anzufangen, wo wir gar nicht streichen dürfen, nämlich bei ADV. Im übrigen haben Sie auch ein Zerrbild meines Geschäftsbereichs gezeichnet. Ich lade Sie gern einmal ein und zeige Ihnen den Ausstattungsgrad meines Hauses und meiner nachgeordneten Bereiche mit modernen Kommunikations- und Datenverarbeitungsmöglichkeiten. Da werden Ihnen die Augen übergehen.

(B) (Vorsitz: Präsidentin Friebe)

Natürlich gehört parallel auch die Ausbildung der Mitarbeiter dazu; das ist völlig klar.

Daß wir eine intensive Öffentlichkeitsarbeit betreiben, ärgert Sie jedes Jahr erneut. Mich ärgert es nicht. Wenn ich im Vergleich dazu die Zahlen der Bundesregierung sehe und in Bonn einen Anstieg der Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit im Jahre 1992 um 22 % konstatieren muß, kann ich nur sagen, daß wir mit unseren Steigerungsraten recht bescheiden sind. Aber das, was wir drauflegen, halten wir auch für absolut notwendig.

Herr Strehl hat zu Recht unser Augenmerk auf die Regelungswut der Europäischen Gemeinschaft gerichtet. Da gibt es in der Tat Anlaß zur Sorge. Wenn wir, Herr Strehl, national, wie ich es soeben ausgeführt habe, die Gesetze entrümpeln, um sie ökologisch effektiver zu machen, wäre es fatal, wenn wir von Europa ein neues Netzwerk an Regelungen bekämen,

das diese Bemühungen zunichte macht. Deshalb gibt es eine Verbindung zwischen beidem.

Herr Kuhl, es ist von daher auch falsch, wenn Sie sagen, man müsse die Umweltgesetze völlig aussetzen. Darum darf es um Gottes willen nicht gehen. Aber es muß darum gehen, die Umweltgesetze zu entrümpeln. Wenn Sie dabei, wie Sie es angedeutet haben - so habe ich Sie verstanden -, einschließlich der Entrümpelung der Genehmigungsverfahren durch Änderung der Bundesgesetze mitzumachen bereit sind, dann war, wie ich finde, Ihr Debattenbeitrag heute ein interessantes Signal, auf das man bei Gelegenheit zurückkommen muß.

Insgesamt ist der Vorwurf, der Umwelthaushalt sei unangemessen nach unten gefahren worden, absurd; denn Sie haben nicht berücksichtigt, daß wir erstens den Ausfall der Strukturhilfemittel des Bundes zu verkraften haben - das hat natürlich Folgen, bezogen auf den Haushalt - und daß wir zweitens die 300 Millionen DM, die wir bisher für Abwassermaßnahmen bereitgestellt haben, jetzt über das GFG in Form einer Investitionspauschale zur Verfügung stellen. Wenn Sie es auf die Umweltausgaben im Förderbereich beziehen, haben wir überhaupt nicht gekürzt.

Aber ich sage noch einmal: Gute Umweltpolitik drückt sich nicht in einer Vielzahl neuer Subventionstöpfe oder in einer Vielzahl neuer Förderprogramme aus, sondern gute Umweltpolitik zeigt sich daran, daß wir den jeweiligen Verursacher zur Kasse bitten und für die strikte Anwendung des Verursacherprinzips Sorge tragen.

Meine Damen und Herren, ich habe in dieser Debatte nicht erkennen können, daß von der Opposition, vor allen Dingen von den GRÜNEN, auch nur der Ansatz einer Alternative geboten worden ist. Im Gegenteil: Alte Klamotten werden mit neuen Vokabeln aufgehübscht und wieder unter das Volk gebracht. Ihre Glaubwürdigkeit wird dadurch nicht erhöht. Das mag man bedauern, aber das muß man auch einmal in aller Deutlichkeit feststellen.

Also, Herr Mai: weniger bunte Bilder in der Broschüre, sondern mehr Inhalt. Insoweit haben Sie in den

(C)

(D)

(A) (Minister Matthiesen)

nächsten Jahren noch viel zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Minister. - Ich erteile Herrn Busch von der Fraktion DIE GRÜNEN das Wort.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Herr Minister Matthiesen, an Selbstbewußtsein mangelt es Ihnen wahrlich nicht. Ein guter Kabarettist sind Sie auch, aber sind Sie deswegen schon ein guter Umweltminister?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist die Frage, die mich bewegt.

Weil wir im Rahmen der Haushaltsberatungen reden, möchte ich mich einmal der Höhe der Umweltausgaben widmen. Sie wissen ganz genau, Herr Matthiesen, daß die Höhe der Umweltausgaben in diesem Landeshaushalt für Sie als Umweltminister und in der Öffentlichkeit Signalcharakter hat. Deswegen ist für Sie diese Frage natürlich auch sehr wichtig.

(B)

Wir haben Ihnen bereits Mitte 1991 vorgehalten, daß die Umweltausgaben 1985 und 1986 höher waren als die Ausgaben, die für den Haushalt 1992 vorgesehen waren bzw. mit dem Haushalt 1991 realisiert wurden. Das hat uns selber überrascht, weil wir es nicht für möglich gehalten hatten, daß die Umweltausgaben, gemessen an dem ersten Jahr der sogenannten ökologischen Erneuerung, nämlich 1986, als die SPD-Landesregierung erstmals die ökologische Erneuerung im Landeshaushalt umsetzte, massiv heruntergehen.

Weil Sie das bestritten haben, wie Sie ja alles bestreiten, was sich kritisch mit Ihnen beschäftigt, haben wir eine Kleine Anfrage gestellt und Sie gebeten, wenn Sie unsere Definition von Umweltausgaben nicht teilen, bitte doch einmal eine eigene Definition vorzulegen. Das haben Sie auch getan.

Nach der Definition, die sozusagen von Ihnen selbst entwickelt wurde, sinken die Umweltausgaben von 783 Millionen DM im Jahre 1986 auf 322 Millionen

(C)

DM im Haushalt 1993, also eine Halbierung der Umweltausgaben, wenn man sie so wie Sie definiert.

Wir wissen natürlich, daß Ihnen das unangenehm ist. Dazu gibt es ja auch Anfragen von der Presse, beispielsweise vom "Ökotest-Magazin".

(Minister Matthiesen: Haben Sie die bestellt, oder woher wissen Sie das?)

Dieses Magazin fragt Sie: Wie hoch sind die Umweltausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen? Und Sie antworten darauf - ich zitiere -:

Die umweltrelevanten Ausgaben im Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen betragen

soundsoviel. Sie sagen nicht: die Ausgaben im Einzelplan 10. Sie sagen: Die Umweltausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen betragen ...

Zu diesem Sachverhalt haben wir wieder eine Kleine Anfrage gestellt. Und Sie antworten ganz regierungsoffiziell - es ist also nicht so, daß das irgendein Pressemensch sozusagen aus Versehen fabriziert hat, sondern Sie antworten ganz offiziell für die Landesregierung -:

(D)

In dem Schreiben des MURL an das "Öko-Test-Magazin" vom 21. Oktober 1992 sind alle umweltrelevanten Ansätze des Einzelplans 10 mit-erfaßt worden.

Das steht aber gar nicht da - glatt gelogen. Das steht nämlich nicht im Einzelplan 10, sondern da steht: "Alle umweltrelevanten Ausgaben." Das heißt, Sie haben hier wieder einmal versucht, mit einem ganz plumpen Trick die Öffentlichkeit zu täuschen, indem Sie nämlich davon ablenken, daß es bei den Umweltausgaben um die Umweltausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen geht.

Warum ist das so wichtig? Weil im Einzelplan 20 622 Millionen DM für Umweltausgaben gestrichen wurden, von 622 Millionen DM auf glatt Null. Und um das Ganze ein bißchen verträglicher zu machen, hat man den entsprechenden Titel im Einzelplan 10 von 33,7 auf 103,8 Millionen DM erhöht. Also, wir haben eine minimale Erhöhung im Einzelplan 10, eine

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

massive, radikale Kürzung im Einzelplan 20. Und das verkaufen Sie noch als Erfolg! Das ist doch ungeheuerlich. Das ist eine Verdummung der Öffentlichkeit.

(Beifall des Abgeordneten Mai [GRÜNE])

- Jetzt wird in Ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage gesagt, das sei nicht richtig. Ich zitiere aus der Antwort auf die Kleine Anfrage:

Auch bei einer pauschalen Förderung von investiven Maßnahmen im Abwasserbereich handelt es sich um Umweltausgaben.

So Ihre Auskunft, regierungsoffiziell, auf die Kleine Anfrage. Tatsächlich ist es aber so, und Sie zitieren das ja auch vorher: Dieser Betrag, nämlich die 300 Millionen DM, soll der Belastungssituation der Gemeinden durch Maßnahmen im Abwasserbereich Rechnung tragen. Der "soll ... Rechnung tragen". Mehr steht da nicht. Der "soll der Belastungssituation ... Rechnung tragen". Das heißt, hier geht es nicht um die Verwendung der Mittel, sondern um die Verteilung der Mittel auf die Kommunen. Die werden nämlich verteilt nach der Belastungssituation, wobei man feststellen wird, wenn man in die Kriterien hineingeht, daß auch das nicht gelingt. Aber es geht hier nicht um die Verwendung der Mittel. Die sind nämlich eindeutig allgemein dem Investitionshaushalt der Kommunen zugewiesen. Es ist sogar ausdrücklich im Haushalt ein Verstärkungsvermerk vorgesehen, der besagt: Diese Mittel verstärken die allgemeine Investitionspauschale.

(B)

Die Vertreter des Städtetages haben übrigens lobend hervorgehoben, daß es eben nicht darum geht, diese Mittel im Abwasserbereich zu verwenden, sondern allgemein die Investitionskraft der Kommunen zu stärken, also auch ihre Fähigkeit, Rathäuser zu bauen und zu stärken. Das dem Umweltbereich zuzurechnen, ist schlichtweg absurd.

(Beifall des Abgeordneten Mai [GRÜNE])

- Jetzt kommt Ihre Antwort zu Frage fünf. Die Frage lautete:

Hält die Landesregierung die "ökologische Erneuerung" ... inzwischen für umgesetzt, so daß weitere

(C)

Umweltschutz-Fördermaßnahmen entbehrlich geworden sind?

Das müßte man ja annehmen, wenn der Umwelthaushalt halbiert wird. - Sie antworten:

Nein. Allerdings dürfen Förderprogramme nicht dazu beitragen, daß Verursacher kostenmäßig freigestellt werden.

Sie wollen also an die Verursacher - ja, das Instrument dafür haben wir Ihnen geliefert, nämlich die Umweltabgaben. Wir haben Ihnen eine Reihe von Umweltabgaben vorgeschlagen, die in anderen Bundesländern längst realisiert sind. Wir haben ja eine Mündliche Anfrage für morgen eingereicht, bei deren Beantwortung Sie uns einmal aufzählen können, wo es überall Umweltabgaben in anderen Bundesländern gibt, nur nicht in Nordrhein-Westfalen. Und warum nicht? Weil Sie den Verursachern nicht weh tun wollen, mein Gott,

(Beifall bei den GRÜNEN)

weil Sie der Chemie-Industrie nicht weh tun wollen, weil Herr Minister Einert bei den entsprechenden Versammlungen der Chemie-Industrie sagt, wir dürfen die Chemie-Industrie in Nordrhein-Westfalen nicht vergraulen, obwohl sie eine der gewinnträchtigsten Branchen überhaupt ist.

(D)

Und da reden Sie davon, Sie wollten den Verursachern ans Zeug gehen. Das ist doch absolut lächerlich und unglaubwürdig. Ich bitte Sie wirklich, hier die Öffentlichkeit nicht ständig für dumm zu verkaufen, sondern endlich einmal klare und ehrliche Zahlen auf den Tisch zu legen. - Danke schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Gibt es noch Wortmeldungen zum Bereich Umweltschutz? - Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich jetzt die Nummer 2 b) auf:

(A) (Präsidentin Friebe)

Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

und erteile das Wort Herrn Abgeordneten Knipschild für die Fraktion der CDU.

Abgeordneter Knipschild (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine Bemerkung zuvor, Herr Minister: Ich möchte mich vorsorglich davor schützen, hier anschließend der Lustlosigkeit geziehen zu werden. Ich erkläre ausdrücklich, daß ich meinen Redebeitrag hier mit großer innerer Lust vollziehe.

(Allgemeine Heiterkeit)

Vielleicht können Sie das in der Mitte der Rede dann auch nachvollziehen, weil ich Sie wahrscheinlich doch - entgegen Ihren Erwartungen - zum Ziel meiner Rede machen werde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Haushaltsberatung des Einzelplans 10 im Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz nahm in diesem Jahr einen ungewöhnlichen Verlauf. Ungewöhnlich, Herr Minister, ungewöhnlich kurz, lapidar und inhaltsleer war die Einführungsrede, die Sie dem Ausschuß gegeben haben. Ihr Redemanuskript, dokumentiert in der Vorlage 11/1614, umfaßt ganze 14 Seiten. Im Vergleich zu den Vorjahren ist das eine Schrumpfung um über 60 %.

(B)

(Abgeordneter Hovest [SPD]: Ist es denn möglich?)

Nun könnte man ja, meine Damen und Herren, den Umstieg von der fortgeschriebenen und wiederholenden Quantität der Vorjahre auf eine knappe, präzise und inhaltsvolle Qualität in diesem Jahr als Fortschritt bezeichnen. Aber leider gibt der Text Ihrer Rede eine solche positive Bewertung nicht her. Sie beschränken sich, Herr Minister, zu Beginn Ihrer Einführungsrede auf allgemeine haushaltspolitische Aspekte, die der Finanzminister selbst schon gekonnter vorgetragen hat, setzen sich dann im Hauptteil überwiegend kritisch - und darin haben Sie zumindest teilweise unsere Zustimmung - mit der EG-Agrarreform auseinander, um dann aber zum Schluß ganze dreieinhalb Seiten

(C)

Platz zu haben für die agrarpolitischen Schwerpunkte Ihres Hauses und damit für unser Land, für die Landwirte in Nordrhein-Westfalen im kommenden Jahr 1993.

Und wenn Sie dann noch auf diesen letzten dreieinhalb Seiten einen großen Teil auf den bis gestern abend ja umstrittenen Mehrwertsteuerausgleich verwenden - und Gott sei Dank ist ja nun gestern abend der Knoten in diesem Falle einvernehmlich hier im Hause durchgehauen worden -, dann wird eigentlich erst richtig deutlich, welchen Umfang die Perspektiven und Konzeptionen in der Agrarpolitik für unser Land im kommenden Jahr haben.

Im Gegensatz dazu, Herr Minister, sind der Fleiß und die Phantasie der PR-Abteilung Ihres Hauses um so sprudelnder.

(Abgeordneter Nagel [CDU]: Jawohl!)

Was in dieser Hinsicht vor allem - auch das ist ja nicht uninteressant - auf die Lokalredaktionen im weiten Lande Nordrhein-Westfalen niederprasselt: beispielsweise, wieviel Liter Trinkwasser, wieviel Liter Abwasser pro Kreis und pro Einwohner, wieviel Kilogramm Hausmüll und Gewerbemüll aller Provenienzen, wieviel Milli-, Nano- und Picogramm der verschiedensten Schadstoffe pro Kubikmeter Luft, wieviel Quadratmeter Grünfläche pro Einwohner und Gemeinde, wieviel DM Fördermittel aus allen verschiedenen Fördertöpfen, absolut, pro Gemeinde und Kreis und wiederum pro Einwohner, wie viele Laub- und Nadelbäume gepflanzt und gefördert worden sind. Das alles konnte und kann in der Regel sogar mehrmals und interessanterweise meistens unterschiedlich - Zahlen sind ja eigentlich unbestechlich - und sehr variabel von der Öffentlichkeit im Lande zur Kenntnis genommen werden.

(D)

(Abgeordneter Hovest [SPD]: Das ist doch vorbildlich! - Abgeordneter Mernizka [SPD]: Gute Politik!)

- Das ist für mich erstaunlich, sehr geehrter Herr Zwischenrufer. Ich frage mich manchmal, worüber ich mich mehr wundern soll: über die Gutgläubigkeit und Willfährigkeit der Lokalredakteure draußen im Lande oder über die Unerschöpflichkeit der Zahlen-

(A) (Knipschild [CDU])

akrobaten in Ihrem Hause, Herr Minister.

Die - im wahrsten Sinne des Wortes - Einsilbigkeit der Beantwortung der Kleinen Anfrage des Kollegen Mai, die ja in der vorigen Woche erfolgt ist - der Titel lautete: "Macht der Umweltminister unseriöse Pressearbeit?" -, verrät Ihr ganz offensichtlich schlechtes Gewissen.

(Minister Matthiesen: Was haben wir denn darauf geantwortet?)

- Sie haben einmal "Nein." geantwortet

(Minister Matthiesen: Sehr gut!)

und einmal, glaube ich, "Keine." geantwortet,

(Abgeordneter Hovest [SPD]: Das reicht doch! - Heiterkeit bei der SPD)

und die Antwort auf die dritte Frage

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Wer ungeschickt fragt, bekommt solche Antworten!)

(B) ist auch nicht sehr stark weiterhelfend im Sinne des Fragestellers.

(Minister Matthiesen: Aber präziser geht es nicht!)

Dabei, Herr Minister und meine sehr verehrten Damen und Herren, gäbe es sehr viel seriöse Arbeit in Ihrem Ministerium zu tun. Ich will Ihnen nur drei Beispiele nennen.

Sie sollten beispielsweise, Herr Minister, dafür sorgen, daß nicht für Entfichtungsmaßnahmen in einem Landschaftsplan und für die zwanzigjährige Anpachtung einer Fläche von 6,1 Hektar über 300 000 DM Entschädigung gezahlt werden, von denen dann 50 000 DM vom Empfänger zurückgefordert werden müssen, weil 0,9 Hektar dieser 6,1 Hektar außerhalb des Plangebietes liegen, und das Ganze darin endet, daß - vor wenigen Wochen - die verbliebenen fünf Hektar abgehackt und verbrannt werden und Serien von Leserbriefen auf den Lokalseiten erscheinen, weil sich die Bevölkerung durch Qualm und Rauch, der

(C)

dadurch entsteht, noch beschwert fühlt.

Ein zweites Beispiel: Sie sollten schon dafür sorgen, daß nicht überall im Lande gigantische Summen in Restbereiche der Gewässerreinigung investiert werden müssen, so daß die Bürger bis zu 26 DM pro Quadratmeter Anschlußbeitrag und über 9 DM pro Kubikmeter Wasserverbrauch zu zahlen haben. Wir haben im Ausschuß schon häufig diese Debatte geführt. Unsere Fraktion ist nach wie vor der Meinung, daß dieses Geld sinnvoller, auch im Interesse des Umweltschutzes, anderswo investiert werden könnte.

Und ein drittes Beispiel: Es sollte nicht vorkommen, Herr Minister, daß für ein Dörfchen mit exakt 98 Einwohnern ein Wettbewerb für die Erstellung eines Dorfentwicklungsplans durchgeführt wird, für den Preise von 60 000 DM ausgelobt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Nagel [CDU])

98 Einwohner, ein schickes Dörfchen, Entwicklungsplan-Preise in Höhe von 60 000 DM! Wenn dann die Ausbaukosten für diesen Plan eine Million DM umfassen sollen - ich denke schon, daß man hier einmal nach der Verhältnismäßigkeit fragen muß.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Ministers Matthiesen)

(D)

- Wir sollten gegebenenfalls diese Frage untereinander austauschen.

(Weiterer Zuruf des Ministers Matthiesen)

- Ja, ich weiß, ich habe mir das auch überlegt. Ich möchte nun nicht die Dinge hier coram publico klarlegen, um dann - -

(Minister Matthiesen: Das tun Sie doch! Sie sollten Namen nennen!)

- Ja, ja, das tue ich intern, aber nicht jetzt hier im Plenum. - Ich könnte weitere Beispiele anfügen, will es aber hiermit bewenden lassen.

Ich möchte als Bilanz aus diesen Ausführungen ziehen, daß der Bürger diesen meiner Meinung nach viel zu großzügigen Umgang mit den angeblich knappen

(A) (Knipschild [CDU])

finanziellen Ressourcen sieht und erfährt. Er hört Ihre Botschaft, Herr Minister, von den Seiten 1 und 2 Ihrer soeben kritisierten Einführungsrede. Ich zitiere sie:

Finanzwirtschaftliche Handlungsspielräume für die öffentliche Hand bestehen in absehbarer Zeit nicht mehr.

Dem Bürger fehlt der Glaube an diese Botschaft, wenn er das erlebt, was ich beispielhaft hier vorgetragen habe.

Auch das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist eine der vielen Ursachen für die Staatsverdrossenheit und den Glaubwürdigkeitsverlust der Politik.

Ein Letztes, Herr Minister - auch darüber haben wir im Ausschuß schon mehrmals heftig diskutiert -: Daß Ihr Ministerium nach den Stürmen im Februar 1990 - für die ja nun niemand etwas kann - den bis dahin voll funktionierenden Holzmarkt unseres Landes regelrecht demontiert hat, das bedarf nun einer sehr, sehr mühsamen und sehr langwierigen Wiederaufbauarbeit des Vertrauens zwischen den Marktpartnern, in diesem Fall den Waldbauern und der Sägeindustrie. Das ist kein Ruhmesblatt für die Politik Ihres Hauses.

(B)

Ich habe zu Beginn, meine Damen und Herren, von einem ungewöhnlichen Ablauf der Haushaltsplanberatungen in unserem Ausschuß gesprochen. Ich halte es schon, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, für ungewöhnlich, wenn von Ihnen, der größten Fraktion in diesem Hause, kein einziger Änderungsantrag gestellt wird und damit praktisch und faktisch kein Beitrag zur Sachdiskussion geleistet wird.

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Wenn wir Anträge stellen, sagen Sie, wir seien uns mit der Landesregierung nicht einig. Was wollen Sie denn nun?)

- Entweder, Frau Kollegin Garbe, hatte der Minister von vornherein eine Blankovollmacht von Ihnen, der Mehrheitsfraktion. Oder aber alle fraktionsseitigen Wünsche und Vorstellungen sind vorher abgestimmt und berücksichtigt worden. Sei es, wie es sei: Beides wäre kein gutes Beispiel für das Gegenüber - ich

(C)

spreche ja nicht von einem Gegeneinander - von Legislative und Exekutive.

(Beifall bei der CDU)

Anders dagegen die kleinste Fraktion im Hause, Herr Kollege Martsch, die einen dicken Block von Anträgen eingebracht hat. Ich möchte nicht im einzelnen darauf eingehen, sondern nur der Öffentlichkeit sagen, daß Sie ganz nebenbei den nordrhein-westfälischen Landwirten eben einmal 155 Millionen DM an Sonderabgaben als Ausfluß Ihrer Anträge für Stickstoff- und Pflanzenschutzmittelabgaben und angebliche Massentierhaltung aufbürden wollten. Das fand natürlich und Gott sei Dank bei keiner der anderen Fraktionen Zustimmung.

Herr Kollege Meyer, die F.D.P. kommt heute auch nicht ganz ungeschoren davon. Sie hatte - auch das ist ungewöhnlich - erstaunlicherweise nach jahrelanger Enthaltensamkeit, die wir teilweise sympathisch und sinnvoll fanden, da eh keine Mehrheit zu erreichen ist, diesmal tatsächlich 24 Änderungs-, und zwar ausschließlich Kürzungsanträge gestellt.

Herr Kollege Meyer, Sie wissen, daß wir einigen Ihrer guten Kürzungsanträge gern zugestimmt hätten. Nur, wenn Sie die Kürzung der Mittel für die Dorferneuerung so begründen, daß das ökologischer Luxus sei, oder wenn Sie die Kürzung der Zuschüsse für die Landwirtschaftskammern um 6,6 Millionen DM damit begründen, daß diese angeblich immer weniger Bedeutung haben - genau das Gegenteil ist, wie Sie wissen, im Zuge der EG-Agrarreform der Fall -, dann konnten wir natürlich nicht mitmachen.

Meine Damen und Herren, zuletzt bleibt meine eigene Fraktion, die CDU-Fraktion.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Die kriegt jetzt auch ihr Fett ab!)

Leider wurden unsere maßvollen, in der Quantität nur drei Anträge ebenfalls abgeschmettert. Herr Minister, wir wollten in Anbetracht der ungeheuren Kreativität und Innovationsfähigkeit Ihrer PR-Abteilung Ihre Öffentlichkeitsarbeit um 300 000 DM reduzieren. Wir hätten es auch im Sinne Ihrer eigenen Forderung auf Seite 2 Ihrer Einführungsrede für sinnvoll gehalten,

(D)

(A) (Knipschild [CDU])

daß die Aufgaben- und Organisationskritik eine ständige Pflicht bleiben sollte.

Wir empfehlen Ihnen wirklich, in dieser Abteilung Ihres Hauses einmal nach Aufgaben- und Organisationsreduzierung zu suchen.

Wir wollten eine globale Minderausgabe von 5 Millionen DM im gesamten Einzelplan erwirtschaften. Das war und ist angeblich unmöglich. Gestern abend haben wir erfahren, daß drei Wochen vor Jahreschluß - vor Ultimo - 40 Millionen DM global im Einzelplan 10 eingespart werden können. Daraus wird deutlich, wie eigenartig die Verhaltensweise ist, wenn drei Wochen vor Jahreschluß 40 Millionen DM möglich sind, aber zu Beginn und bei Aufstellung eines Haushaltsplanes nicht einmal 5 Millionen DM möglich sein sollen.

Unser dritter Antrag bedeutete sogar eine Verbesserung der Einnahmeseite des Landeshaushalts. Wir wollten durch Veräußerung von Grundstücken in Höhe von 8 Millionen DM eine Gegenfinanzierung dafür schaffen, daß wir bereit sind, 19 Millionen DM für Grunderwerb auszugeben, der vorwiegend im Interesse und im Sinne des Naturschutzes stattfinden soll. Dazu sagen wir ja, und dazu stehen wir.

(B)

Wir sind gleichwohl der Meinung, daß man durch vernünftige Gegenveräußerung einen besseren Haushaltsausgleich schaffen könnte. Es bliebe immer noch ein Positivsaldo von 11 Millionen DM, der für die Vermehrung des Grundvermögens des Landes überbliebe.

Da auch dafür keine Zustimmung zu erreichen war, Herr Kollege Steinkühler und Herr Kollege Gorlas, schlage ich vor, daß wir uns gegebenenfalls über diese Angelegenheit in den nächsten Monaten noch einmal in aller Ruhe im Ausschuß unterhalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Ende und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Ich kündige an, daß der Einzelplan 10, wie er jetzt zur Entscheidung vorliegt, unsere Zustimmung nicht finden kann und wir ihn deshalb ablehnen werden.

(Beifall bei der CDU)

(C)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege Knipschild. - Für die Fraktion der SPD erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Steinkühler.

Abgeordneter Steinkühler (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Knipschild, Sie haben die ungewöhnlich kurze Haushaltsdebatte im Ausschuß beklagt. Ich denke, daran war die CDU-Fraktion im Ausschuß nicht ganz unbeteiligt; denn Ihre Beiträge waren nicht gerade nach dem Motto "Lobet den Herrn!". Ich weiß nicht, ob das nur etwas mit der Reduzierung des Redeumfangs des Ministers zu tun hatte. Vielleicht wollte der ja auch nur im Sinne der Umwelt Papier sparen.

(Zuruf des Abgeordneten Kruse [CDU])

Herr Kollege Knipschild, Sie haben gesagt, daß der Minister sogar noch etliche Seiten für seine Ausführungen zum Mehrwertsteuerausgleich verwandt habe. Nun stelle ich mir einmal vor, er hätte dazu nichts gesagt. Dann hätte ich Ihr Geschrei hören wollen, wenn er dazu in der Haushaltsrede, als eine Entscheidung noch gar nicht gefallen war, nichts gesagt hätte.

Wir haben immer gesagt: Wenn die anderen Flächenländer mitmachen und sich so entscheiden, werden die nordrhein-westfälischen Landwirte nicht schlechter gestellt. Das war damals bei der Einbringung des Haushalts überhaupt nicht abzusehen.

(D)

(Abgeordneter Kruse [CDU]: Der Ablauf der Dinge war beschämend!)

Herr Kollege Knipschild, was den Holzmarkt angeht, gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen. Ich kenne die Position unserer Waldbauern. Der Verband steht zu dieser Frage auch etwas anders als seine Mitglieder. Ich habe mit Forstbeamten und Kammerbeamten gesprochen, die die Linie des Ministeriums in bezug auf den Holzmarkt und die Holzmarktpreise durchaus voll unterstützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auf die allgemeine finanzpolitische Situation, die sich natürlich auch auf unseren Einzelplan 10 und den Bereich Landwirtschaft auswirkt, hat mein Kollege Klaus Strehl bereits hingewiesen.

(A) (Steinkühler [SPD])

Daß die schon mehrfach erwähnte und von Herrn Kollegen Knipschild ja auch nicht in Frage gestellte Regelungswut der EG insbesondere im landwirtschaftlichen Bereich Auswirkungen auf den Haushalt des MURL haben wird, das ist, denke ich, unbestritten. Denn wenn wir auch die Kontroll- und Überwachungsfunktionen im wesentlichen auf die Direktoren der Landwirtschaftskammern als Landesbeauftragte delegiert haben, so bleiben doch die Kosten irgendwann auch bei uns als Land hängen.

Angesichts dieser - und das war der Grund dafür, Herr Kollege Knipschild - Tatsache der knappen Finanzen sind wir von der SPD-Fraktion erfreut, daß es trotzdem gelungen ist, im Einzelplan 10 einige Schwerpunkte im Agrar- und Naturschutzbereich wie auch für den ländlichen Raum insgesamt zu setzen. Genau aus diesem Grund haben wir, wie auch im Umweltausschuß, auf die Einbringung eigener Erhöhungs- bzw. Umschichtungsanträge verzichtet.

Wir sind natürlich sehr damit einverstanden, daß trotz der von mir nur kurz genannten Schwierigkeiten die Mittel zum Beispiel bei der Dorferneuerung, dem Naturschutz und der Landschaftspflege auf dem hohen Niveau des Vorjahres beibehalten werden.

(B) Für ebenso wichtig und richtig - und ich denke, das findet auch Ihre Zustimmung, Herr Knipschild - halten wir den Ansatz in Höhe von 40,5 Millionen DM für ökologische forstwirtschaftliche Maßnahmen im Privat- und Körperschaftswald.

Angesichts der offenen Grenzen und des gemeinsamen Binnenmarktes werden dem Verbraucherschutz und der Lebensmittelüberwachung neue Aufgaben zuwachsen müssen. Wie weit sich das nun auf den Haushalt auswirken wird, muß die Erfahrung zeigen. Ich denke, wir sollten uns im Fachausschuß darüber im Herbst 1993 einmal berichten lassen, wie sich das denn so eingeschrieben hat.

Lassen Sie mich nun, meine Damen und Herren, auf die Anträge der anderen Fraktionen zum Bereich Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz im Einzelplan 10 kommen! Da - Herr Kollege Knipschild hat es eben vorgetragen - hat die CDU beantragt - und hier würde ich jetzt auch das Weihnachtslied gern zitieren: "Alle Jahre wieder" -: Kürzung der Mittel für die

(C)

Öffentlichkeitsarbeit. Da kommen mir dann immer so Diskussionen im Kommunalparlament in den Sinn, wo es um die Verfügungsmittel des Bürgermeisters geht. Immer die Oppositionspartei möchte da heran, und so ist das im Landtag auch. Das ist also eine reine Pflichtübung.

(Abgeordneter Krömer [CDU]: Das sind völlig verschiedene Dinge! - Abgeordneter Kruse [CDU]: Die SPD-Bürgermeister sind auch sehr großzügig!)

- Das weiß ich nicht, Herr Kollege Kruse.

Der nächste Antrag - das will ich gern zugeben, Herr Knipschild - war durchaus interessant, nämlich den Haushaltsansatz für den Ankauf - und ich sage: für den Ankauf; das haben Sie ja beantragt - von Naturschutzflächen um 8 Millionen auf 10 Millionen DM zu erhöhen. Das, denke ich, ist interessant. Und vor allen Dingen dürfte das Musik in den Ohren der F.D.P. sein, die ja immer von dem Ankauf weg und hin zur Pacht will.

Wir hätten über diesen Antrag reden können, und damit wären wir auch in eine längere Diskussion gekommen, wenn denn diese Anträge früh genug dagewesen wären. Aber wenn die in der Ausschusssitzung eingebracht werden, dann geht das einfach nicht. Und ich denke, auch der Deckungsvorschlag kann gar nicht unsere Zustimmung finden; denn 8 Millionen DM aus dem Verkauf von Waldgrundstücken - das ist nach Preisen, die ich mir einmal habe geben lassen, eine Fläche von rund 400 Hektar. Nach dem Landeswaldbericht ist das ein im oberen Drittel anzusiedelnder Forstbetrieb. Und wenn wir den Anträgen von Herrn Schauerte in den vergangenen Jahren immer gefolgt wären, dann hätten wir diese 400 Hektar nicht einmal mehr gehabt; der wollte ja alles verhökern.

(D)

(Minister Matthiesen: Richtig!)

Die F.D.P.-Fraktion, Herr Kollege Meyer, hatte ihre Anträge ähnlich wie die Fraktion DIE GRÜNEN in solcher Art Katalog vorgelegt. Da konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die krankheitsbedingte Abwesenheit des Kollegen Friedel Meyer sich negativ auf die Antragsbegründungen ausgewirkt hat; denn wie eine Fraktion, die sich angeblich Handwerk

(A) (Steinkühler [SPD])

und Mittelstand verpflichtet fühlt, Dorferneuerung als ökologischen Luxus bezeichnen kann, das begreife ich nicht; denn der F.D.P. müßte es doch bekannt sein, daß jede Mark öffentlicher Mittel, die in die Dorferneuerung hineingesteckt wird, das Mehrfache an Investitionsvolumen vor Ort und gerade in Handwerksbetrieben auslöst.

Das, was der Herr Kollege Knipschild eben schon gesagt hat, ist auch mir aufgefallen: daß die Landwirtschaftskammern bei der Regelungswut der EG und dem, was die alles zu machen haben, jetzt überflüssig sein sollen - ich weiß es nicht; ich kann es mir nicht vorstellen - oder daß sie an Bedeutung verlieren; so haben Sie gesagt.

Nun, Herr Kollege Martsch, zu Ihrem Antragspaket! Sie waren ja in der entscheidenden Sitzung nicht da. Die arme Frau Kollegin Dr. Grüber konnte einem richtig leid tun. Sie mußte das ganze Paket begründen und einbringen, auch in der Sitzung erst. Und sie sagte ja auch: Das ist nicht schön, das ist nicht gut. Eigentlich sollten wir das demnächst anders machen. Vielleicht fangen Sie damit jetzt schon an, denn einen Ihrer Anträge haben Sie ja bereits als separaten Antrag für morgen ins Plenum eingebracht, diesen LAMA-Antrag. Ich komme gleich noch einmal darauf zurück.

(B)

Dann haben Sie in Ihren Anträgen, wenn ich mich nicht verrechnet habe, Herr Kollege Martsch, neue Ausgaben für den Bereich unseres Ausschusses in Höhe von 343,7 Millionen DM eingesetzt. Dann haben Sie natürlich neue Einnahmen und Einsparungen, insgesamt 211,5 Millionen DM, aber immer noch eine Unterdeckung. Inhaltlich war natürlich auch nicht viel mit den Deckungsvorschlägen, nichts Neues jedenfalls. Da waren die Abgaben wieder: die Stickstoffabgabe, Wachstumsregler, Massentierhaltung und dergleichen mehr.

Was die Sachfragen in den Anträgen angeht: Das war fast dasselbe wie im vorigen Jahr. Da war natürlich wieder das voriges Jahr von der Kollegin Hürten an dieser Stelle so breit ausgewälzte - oder soll ich sagen, um im landwirtschaftlichen Jargon zu bleiben: ausgebrachte - Festmistprogramm dabei.

Dann gab es einen Antrag, das ist der, der jetzt als

(C)

separater Antrag kommt. Da fielen mir zunächst, als ich die Überschrift sah, Kaffeefahrten ein, weil nämlich eine Abkürzung "LAMA" da war. Es gibt Kaffeefahrten, auf denen den meist älteren Teilnehmern Bettdecken von miesen Geschäftemachern verhökert werden.

(Zuruf des Abgeordneten Paus [Detmold] [CDU])

Aber in diesem Falle habe ich festgestellt, Herr Paus: Das ist gar nicht dieses spuckende Tier aus Südamerika; "LAMA" heißt: Landwirtschaft und Marktentlastung. Darüber sollen wir jetzt separat reden. Ich weiß nicht, ob es sinnvoll und fair oder gut ist, wenn wenige Tage später dieser Antrag, nachdem er im Paket abgelehnt ist, einzeln, separat, am Haushalt vorbei, obwohl er ja Auswirkungen auf den Haushalt hat, hier eingebracht wird. Das ist, so denke ich, sicherlich nicht die feine Art; aber darüber werden wir sicher morgen noch reden.

Die SPD-Fraktion stimmt jedenfalls dem Einzelplan 10 für den Bereich Landwirtschaft, Naturschutz und Forsten in der Fassung der Beschlußempfehlung der Ausschüsse zu.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege Steinkühler. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abgeordneten Meyer das Wort. Schön, daß Sie wieder gesund sind!

Abgeordneter Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.): Danke, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben eben von lustloser oder kraftloser Opposition gesprochen. Können Sie sich vorstellen, worin das begründet sein könnte?

(Zurufe der Abgeordneten Frey [SPD] und Aigner [SPD]: Ja, ja! - Minister Matthiesen: Ja, von euch wird nichts geboten!)

- Ach, so! Nein, da müssen Sie sich einmal selbst an die eigene Nase fassen. Meines Erachtens ist es so: Meine Lust und meine Kraft möchte ich lieber da

(A) (Meyer [Westerkappeln] [F.D.P.]

einsetzen, wo sie etwas bewirkt,

(Minister Matthiesen: Und nicht bei mir! - Heiterkeit)

und nicht bei Ihnen, wenn Sie vier Wochen vor den Beratungen schon mit Ihrer Mehrheitsfraktion alles festgelegt haben. Dann brauchen wir gar nicht mehr irgend etwas auf den Tisch zu legen. Dann kann der Haushalt ja so laufen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Was meine Begründungen zu den Anträgen betrifft: Es war von Sparmaßnahmen die Rede, und man hat auch schon von der Rasenmäherpolitik - 10 % und stufenweise - gesprochen. Ich habe eigentlich immer den Eindruck gehabt, daß der Rasenmäher ein ganz nützliches Gerät ist, und wenn der irgendwo herübergegangen ist, sieht es anschließend meist sauber aus. Das wäre auch hier vielleicht einmal angebracht.

Ich will ein paar Takte zu den Begründungen sagen, die ziemlich verstümmelt angekommen sind, nachdem ich nicht im Hause war. Ich weiß nicht, in welcher "Mikrowelle" das inzwischen gelandet war.

(B) Als erstes komme ich zu den allgemeinen sächlichen Verwaltungsausgaben, die wir ja generell kürzen wollten, und ich glaube, hier müßte auch eine Möglichkeit bestehen. Allgemein ist auch die Streckung von Baumaßnahmen im Moment sicherlich konjunkturrehemmend, aber aus finanziellen Gründen unabdingbar. Das gleiche gilt für Beschaffungsmaßnahmen. Auch hier ist eine Streckung sicher kein nationales Unglück und unseres Erachtens erforderlich.

Ich möchte noch zu einzelnen Positionen Stellung nehmen, vor allem zu den Landesgartenschauen. So attraktiv sie auch für die Städte und Gemeinden sind, bedürfen sie sicherlich einer Neuregelung. Dieses könnte meines Erachtens in einem Zeitraum von ca. fünf Jahren ablaufen. Es könnte finanziell nach dem Muster gestaltet werden, wie sich die Messen finanzieren.

Ein weiterer Punkt: die Förderung des Kleingartenwesens. Es ist unseres Erachtens ein Hobby, das in diesen finanziell schweren Zeiten doch eigentlich

(C)

jeder selbst bezahlen sollte. In dem Bereich müßten die Zuschüsse des Landes eigentlich restlos gekürzt werden.

Ein weiterer Punkt, bei dem man sparen durch Streckung erreichen könnte, ist das Kapitel Dorferneuerung. Ich habe nicht davon gesprochen, daß sich die Streckung gegen das Dorf wendet, sondern es ist wirklich schade, wenn man doch die Begründung - -

(Abgeordneter Steinkühler [SPD]: Ökologischer Luxus!)

- Jawohl, ich habe Ihnen gesagt, daß es meine Begründungen nicht sind, die dahintergestanden haben. Ich möchte das damit hier einigermaßen klarstellen.

Das gleiche gilt für das Kapitel 10 030, Titelgruppe 82 - Naturschutz und Landschaftspflege. Es ist eine alte Forderung der F.D.P., gerade in finanziell schweren Zeiten zu pachten, statt zu kaufen. Das haben wir in den letzten Jahren auch schon gefordert, und ich glaube, das wäre auch hier eine ganz vernünftige Maßnahme.

Man sollte aber als Opposition nicht nur immer kritisieren, sondern auch einmal begrüßen, was in Richtung Landwirtschaft getan worden ist. Das betrifft gerade das, was wir gestern beschlossen haben. Daß sich die Landesregierung, wenn auch mit schweren Geburtswehen, dazu durchgerungen hat, der Landwirtschaft zu helfen, ist sicher in Ordnung wie auch andere direkte Hilfen. Ich möchte hier nur einmal stellvertretend das Feuchtwiesenprogramm, das auch manchem Landwirt zunutze kommt, erwähnen. Das ist sicherlich auch etwas, das in Ordnung ist und das auch weitergeführt werden sollte.

(D)

Dann ist sicherlich auch die Kürzung der Entschlammung von Seen in Höhe von 8,5 Millionen DM zu begrüßen. Wenn ich dann allerdings im Gegensatz dazu die ökologische Verbesserung des Emscher-Lippe-Verbandes um ein Drittel, nämlich um 5 Millionen DM, steigern will, dann habe ich dafür eigentlich kein Verständnis. Ich meine, man sollte den alten Ansatz von 1992 belassen; denn das wäre im Moment auch genug, zumal man ökologische Verbesserungen bei den Städten und Kommunen nur noch nach dem Gießkannenprinzip unterstützen will, wobei man

(A) (Meyer [Westerkappeln] [F.D.P.]

unseres Erachtens hier noch mindestens zwei Jahre gezielte Geldmittel einsetzen sollte, gerade bei den Kommunen, die nicht durch eigenes Verschulden in vorhergehenden Jahren zurückgesetzt worden sind und die geforderten Parameter heute noch nicht erreichen.

Von den Streckungen bei Baumaßnahmen habe ich bereits zu Beginn gesprochen. Hier fällt mir ganz besonders der Ausbau der LÖLF in Recklinghausen sowie die Ausstattung ein. Das gleiche gilt für die Landesanstalt für Forstwirtschaft, und bedauerlicherweise müssen auch Kürzungen bei wirtschaftlichen Maßnahmen im Forstbereich vorgenommen werden. Dieses ist sicherlich alles bedauerlich, und wir würden es begrüßen, wenn schon in den nächsten Jahren bei einer besseren Konjunktur wieder mehr für den Aufbau und die Ausstattung unseres ländlichen Raumes getan werden könnte.

Alles andere, was hier getätigt wird, ist nur Zukunftsmusik. Aber lassen Sie mich in diesem Moment noch ein paar Worte zu den Vorkommnissen, die am Montag in Brüssel und am Dienstag in Bonn geschehen sind, sagen: Ich glaube, wir alle sollten im Interesse unserer Landwirte, die wir vertreten - jedenfalls geht mir als agrarpolitischem Sprecher das so -, diese Maßnahmen, wie sie abgelaufen sind, auf keinen Fall unterstützen; denn das sind radikale Maßnahmen, denen wir alle eigentlich nicht zustimmen sollten.

(B)

Dem Haushalt können wir aber leider auch nicht zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der F.D.P. - Zuruf von der SPD: Mömmelmann!)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege Meyer. - Für die Fraktion die GRÜNEN erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Martsch.

Abgeordneter Martsch*) (GRÜNE): Sehr verehrte Frau Präsidentin! Herr Minister! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einige Vorbemerkungen! Wenn vom Minister vorhin schon angemerkt wurde, daß die Diskussion oppositionsseitig kraft- und lustlos geführt würde, so weiß ich nicht, ob ich Kraftvolles beitragen kann. Lustvolles allerdings! Wie immer ist

(C)

es mir eine große Freude, hier heute in Konkurrenz zu Ihnen, Herr Minister, sprechen zu können; mal sehen, ob es mir gelingt.

Als erstes möchte ich aber auf den Kollegen Steinkühler eingehen, weil mir dies sehr wichtig ist. Wenn Sie, Herr Steinkühler, vorhin erwähnt haben, daß ich in der letzten Sitzung des Agrarausschusses nicht anwesend war, müssen Sie ergänzen, daß diese Sitzung ganz kurzfristig auf einen anderen Termin gelegt worden ist und ich mich mit meiner Fraktion auf einer Klausurtagung in Brandenburg befand. Ich möchte also dem Eindruck vorbeugen, daß ich etwa wieder auf einer Reise gewesen wäre. Vielmehr war ich sozusagen "parlamentarisch" unterwegs.

Herr Minister, es wird Sie nicht verwundern, daß ich zu dem von Ihnen vorgelegten Haushalt sehr viele kritische Bemerkungen zu machen habe. Es ist vielleicht ganz wichtig, ein wenig nachzurechnen, was eigentlich vorgelegt worden ist, was hier passiert ist.

Im Bereich Personal haben wir um 22,4 Million DM, im Bereich Verwaltung um 19,7 Million DM steigende Ausgaben. Demgegenüber haben wir Kürzungen im Bereich der Zuweisungen und Zuschüsse um 226 Millionen DM und im Bereich "Investive Ausgaben" um 92 Millionen DM. Das heißt, um es bildlich zu sagen: Es wird im Grunde genommen für Personal und Verwaltung mehr ausgegeben als für direkte Leistungen - zumindest in der Tendenz. In diesem Moment ist dies noch keine Bewertung Ihrer Leistung; es mag ja objektive Gründe dafür geben. Zunächst einmal geht es darum, den Zustand festzustellen, in dem wir uns befinden. Denn in der Landwirtschaft selbst ist die Situation genau umgekehrt: Es wird quantitativ immer mehr geleistet, aber immer weniger dabei verdient.

(D)

Im Getreideanbau wurden die Hektarerträge z. B. seit 1970 um 60 % Prozent gesteigert. Der Doppelzentner Weizen brachte dem Landwirt 1970 etwa 45 DM. Heute kann er froh sein, wenn er 30 DM erzielt. Auch der Schweinefleischpreis ist von 1970 bis heute fast um die Hälfte gesunken.

Wer jedoch glaubt, daß dadurch für den Verbraucher das Brötchen immer billiger geworden wäre, der sieht sich getäuscht. Verarbeitung, Handel und Transport

(A) (Martsch [GRÜNE])

und natürlich die Bürokratie verdienen sehr gut daran. Sie verdienen an der Arbeit der Bauern und an dem Alltagsbedarf der Bürger.

Wir alle wissen auch, daß der Durchschnittshaushalt in unserem Lande die Situation in der Regel verkraften kann - mal mit mehr, mal mit weniger Mühe. Schließlich ist der Anteil von etwa 35 %, der von den Lebenshaltungskosten insgesamt zu Beginn der 70er Jahre für Nahrungsmittel ausgegeben wurde, inzwischen auf 15 bis 20 % gesunken.

Betroffen ist von dieser Situation vor allen Dingen der Bauer, die bäuerliche Familie, ja, der bäuerliche Betrieb rundweg. Während das Einkommen je Erwerbstätigen in der Landwirtschaft 1970 bei ca. 14 000 DM lag und damit ungefähr 70 % von dem ausmachte, was insgesamt vergleichbar verdient wurde, während er also zu dieser Zeit 70 % des Durchschnittseinkommens bekam, bekommt er heute weniger als 50 % des Durchschnittseinkommens. Bei immer weiter steigender Arbeitsleistung also immer weiter sinkende Löhne!

(B) Die Folgen sind bekannt: Höfe sterben, und zwar in Nordrhein-Westfalen seit 1970, also in gut 20 Jahren, fast 50 000 Betriebe. Nun stehen wir, projiziert auf einen Zeitraum von 10 Jahren, vor derselben Größenordnung. Perspektivlosigkeit, sinkende Agrarpreise, schwindende Einkommenserwartung etc.! Dazu kommt ein inzwischen immer stärker negatives Ansehen in der Bevölkerung. Niemand will sich mehr damit beschäftigen; niemand ist bereit, Solidarität zu üben.

Tag für Tag werden in Nordrhein-Westfalen 7 Bauernhöfe geschlossen. Woche für Woche müssen 50 Landwirte ihren Beruf aufgeben. Monat für Monat stellt sich für ca. 200 Bauernfamilien die Frage nach der künftigen Existenzsicherung. Das sind im Jahr 2 400 Betriebe, die auf der Strecke bleiben. Das ist die reale Situation.

Im Landwirtschaftsministerium schlägt sich dieser Aderlaß nicht nieder. Im Gegenteil: Personal- und Verwaltungskosten werden aufgestockt.

Da ist es besonders fatal und den Bauern kaum mehr zu vermitteln, daß die ohnehin stark gebeutelte Land-

(C)

wirtschaft von den im Hause Matthiesen vorgesehenen Kürzungen besonders betroffen ist. Der vorgesehene Haushaltsansatz 1993 für Fördermaßnahmen liegt um 229,3 Millionen DM unter dem Vorjahresansatz. Dies bedeutet einen Rückgang von 42 %.

(Minister Matthiesen: Das stimmt doch nicht!)

- Dann widerlegen Sie es gleich. - Ansonsten sind die Haushaltsansätze gegenüber den Vorjahren in etwa gleichgeblieben.

Ein weiterer Aspekt! Den Einschätzungen zur Situation von Landwirtschaft und ländlichem Raum - Seite 15 ff. der Erläuterungen zum Entwurf des Haushaltsplans - kann ich nur zustimmen. Einen Punkt will ich ganz besonders hervorheben. Denn hier stellt sich, ob gewollt oder ungewollt, heraus, daß es im Ministerium eine Analyse gibt, die auch ich vor Jahren schon so kundgetan habe - ich will darauf kein Copyright haben, denn es ist traurig genug -:

... beschleunigter Strukturwandel, Halbierung der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe innerhalb der nächsten 10 Jahre, weiterer spürbarer Rückgang der Agrarpreise in den nächsten Jahren, Erhöhung des Anteils staatlicher Direktzahlungen.

(D)

Mitte der 90er Jahre werden 600 Millionen DM bis 1 Milliarde DM produktbezogener Direktzahlungen aus der EG-Kasse erwartet.

Gefahr der Entwicklung einer zentralistisch gesteuerten Agrarverwaltung, Aufgabenlawine für Kontrolle und Verwaltung der Agrarreform.

Der gewählte Ansatz der EG-Agrarreform mit produktbezogenen Direktzahlungen wird nun auch von der Landesregierung als falsch angesehen - Seite 16 -, weil er die Integration von Agrar- und Umweltpolitik verhindert und die regionalen Handlungsspielräume der Länder beschränkt.

Dazu kann ich nur sagen: Wunderbar, hoch erfreut! Dies ist genau unsere Position, dies könnte aus einer GRÜNEN-Broschüre stammen.

(A) (Martsch [GRÜNE])

Hoch erfreut bin ich noch über etwas anderes; und wir wollen - nicht im ironischen Sinn - dort Lob aussprechen, wo es Gemeinsamkeiten gibt. Und ich habe in diesen zwei Jahren im Landtag gelernt, daß es zwischen unseren Agrarpolitiken mehr Gemeinsamkeiten gibt, als ich es vor zwei Jahren geglaubt hätte.

Eine weitere hochehrfreuliche Aussage ist - Zitat -:

Die Landesregierung wird versuchen, einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken. Es gilt, den produktbezogenen Ansatz der Reform als Übergangsregelung zu gestalten und bis Mitte der 90er Jahre eine wirkliche Agrarreform auf den Weg zu bringen.

Das ist der Knackpunkt. Wenngleich es für diese wirkliche Agrarreform allerhöchste Zeit ist - wer wollte das bestreiten! -, vielleicht auch ein bißchen spät ist, so ist die Notwendigkeit klar erkannt. Es stellt sich nun die Frage: Wie soll diese wirkliche Agrarreform der 90er Jahre aussehen?

(B) Hier möchte ich einen Nebensatz machen. Ich habe letztlich auf der Versammlung der Bergbauern mit großem Interesse das Referat Ihres Mitarbeiters Herrn Neiss zur Kenntnis genommen, wo genau diese neue Richtung - jedenfalls habe ich das so aufgefaßt - angesprochen wurde. Das habe ich sehr positiv gesehen. Allerdings blieb auch dort die Frage offen, wie denn die neue Agrarreform aussehen soll.

Ihre konkreten Vorschläge und Etatsätze müssen sich daher an Ihrem eigenen Anspruch - genau dem, was ich gerade zitiert habe - messen lassen. Sie sehen mit diesem Anspruch schwerpunktmäßig vor: 38 Millionen DM Investitionsförderung in landwirtschaftlichen Betrieben, 0,8 Millionen DM für den ökologischen Landbau, 12,9 Millionen DM Investitionsförderung für Vermarktungseinrichtungen, 2,5 Millionen DM für Verbraucherberatung und 15 Millionen für Tierseuchenbekämpfung. Das ergibt eine Gesamtsumme von 69,2 Millionen DM. Dieser gewaltige Aufwand entspricht damit nicht einmal einem Zehntel der Personal- und Verwaltungsausgaben im MURL. Selbst wenn man unterstellt, daß alle 6 Abteilungen des MURL von dieser Gesamtsumme den gleichen Teil beanspruchen, muß man konstatieren, daß nur jede dritte Mark in die genannten Förderprogramme

fließt.

Interessant ist auch ein Vergleich des Personal- und Verwaltungsaufwands im Verhältnis zu den Einkommen in der Landwirtschaft. Das untere Viertel, etwa 20 000 Betriebe - das sind 30 000 bis 40 000 Menschen, die dort arbeiten -, erwirtschaftet ein Durchschnittseinkommen von 6 000 DM pro Jahr und erreicht damit gerade den Betrag von 120 Millionen DM, der von der Landwirtschaftsabteilung des MURL gebunden wird. Hier haben wir also noch ein großes Problem zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

Zunächst zur Investitionsförderung in landwirtschaftlichen Betrieben! Sämtliche Investitionsförderungen in landwirtschaftlichen Betrieben sind an das Merkmal "leistungsfähige Betriebe" geknüpft. Dies bedeutet letztendlich eine Fortführung der Politik des Wachsens oder Weichens. Derartige Finanzhilfen sind daher nicht geeignet, der beschriebenen, beklagten und richtig analysierten Entwicklung in der Agrarpolitik entgegenzuwirken. Vielmehr erlangen sie die Eignung eines Schmiermittels oder Katalysators und beschleunigen diesen Prozeß.

(D) Der ökologische Landbau soll mit 0,8 Millionen DM gefördert werden. So lobenswert die mit diesem Etat betriebene Unterstützung der Konzeption des ökologischen Landbaus auch ist: Sehr viel überzeugender wäre die Unterstützung des ökologischen Landbaus durch die Landesregierung auf dem Wege obligatorischer Einführung von Produktangeboten aus dem ökologischen Landbau in den Kantinen aller landeseigenen Einrichtungen und damit ein Stück hin in gesteuerte Marktwirtschaft.

Für die Investitionsförderung von Vermarktungseinrichtungen sollen 12,9 Millionen DM aufgewandt werden. Diese richten sich an Erzeugerorganisationen und -gemeinschaften sowie Unternehmen des Handels und der Be- und Verarbeitung. Sie zielen unter anderem auf Konzentration und marktgerechte Aufbereitung der Angebote aus landwirtschaftlicher Produktion. Damit geht der Ansatz "Investitionsförderung von Vermarktungseinrichtungen" weniger von der Situation der Landwirtschaft und schon gar nicht von einem Versuch, dem Strukturwandelprozeß entgegenzuwirken, aus.

(A) (Martsch [GRÜNE])

Die Förderung der Verbraucherberatung mit 2,5 Millionen DM gehört ebenfalls zu den Aufgaben des MURL. Gegen entsprechende Informations- und Bewußtseinsbildungsarbeit wird niemand - und wir schon gar nicht - etwas einzuwenden haben; ganz im Gegenteil. Bedenklich ist es jedoch, wenn Sie in den dazugehörigen Erläuterungen unter anderem auf die Aspekte einer preiswerten Ernährung abstellen und sie als sinnvoll ansehen und damit im Grundsatz das schiefe Verhältnis der Menschen zum Wert von Nahrungsmitteln, gemessen an anderen Ausgaben, fördern.

Auch der Schwerpunkt der Beratung für umweltbewußtes Verhalten im Haushalt ruft Beklemmungen hervor, Herr Minister. Es ist unangemessen, den Bürgern den Waschlappen als Ausdruck wassersparenden Umweltbewußtseins zu verkaufen und zugleich mit der Zustimmung zu Garzweiler II Milliarden Kubikmeter Grundwasser zu verschwenden. Und es ist, bezogen auf das Thema Landwirtschaft, ebenso unangemessen, den Bürgern ökologische Kaufentscheidungen abzuverlangen, wenn man selbst nicht willens ist, derartige Entscheidungen in den Kantinen, für die man die Entscheidung zu treffen hat, zu verwirklichen.

(B) Es verbleiben noch die 15 Millionen DM für die Tierseuchenbekämpfung. Nirgendwo in Ihren Ausführungen wird das Problem so groß und so offenkundig wie hier. Denn so richtig und so notwendig die Tierseuchenbekämpfung ist, muß doch gerade hier eine präventive Arbeit stattfinden. Hier findet aber im Moment in erster Linie eine prophylaktische Impfung statt, nicht aber die Beseitigung der Ursachen für Tierseuchen.

Meine Redezeit geht zu Ende. Deshalb will ich nur noch verkürzt auf unsere eigenen Positionen eingehen, zumal wir - wie vorhin richtig angemerkt wurde - morgen noch einmal darüber diskutieren. Zunächst möchte ich aber eines zurückweisen, Herr Kollege Knipschild. Wenn Sie vorhin gesagt haben, wir würden der Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen 155 Millionen DM Mehrbelastung aufbürden wollen, so ist das nicht richtig. Es ist falsch, und das wissen Sie natürlich auch. Mit der Stickstoffsteuer und den anderen Abgaben wollen wir Steuerungsinstrumente, die unkontrolliertes Intensivieren beschneiden, die fal-

(C)

sches und unsinniges Verhalten in der Landwirtschaft behindern und auf der anderen Seite vernünftige Verhaltensweisen fördern. Das ist ein Steuerungsinstrument, wie wir es in anderen Bereichen der Wirtschaft auch finden. Das ist eine sinnvolle Maßnahme. Die Frage ist nur, wen es trifft, wer davon Nachteile und wer davon Vorteile hat. Wir haben eben möglicherweise eine andere Klientel als die CDU, Herr Knipschild. Uns liegen eben die kleinen bäuerlichen Familienbetriebe und nicht die großen Agrarfabriken am Herzen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Klose)

Aber dazu werden wir sicherlich morgen noch ausführlich diskutieren, wenn unser Programm LAMA, das vom Kollegen Steinkühler schon angesprochen wurde, zur Debatte steht. LAMA ist in der Tat kein speiendes Tier aus fernen Regionen, sondern ein in sich geschlossenes Konzept für die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen, das eine Landwirtschaft schaffen soll, die ökologisch verträglich und gleichzeitig in der Lage ist, den in ihr arbeitenden Menschen ein gerechtes Einkommen auf der Grundlage ihrer Arbeit zu sichern.

Dafür haben wir - das wissen Sie alle; ich habe das oft genug vorgetragen - ein in sich schlüssiges Konzept. Es ist in der Tat eine Frage der politischen Mehrheiten; da habe ich natürlich keine Illusionen. - Meine Redezeit ist zu Ende; ich bin sofort am Schluß, Herr Präsident. - Ich bin mir aber ganz sicher, daß, wie so oft, viele unserer Denkansätze in diesem Bereich vom Herrn Minister sehr aufmerksam zur Kenntnis genommen werden und er entsprechend seiner eigenen politischen Interessenlage darüber entscheiden wird, was für ihn annehmbar ist und was nicht. - Danke schön.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort dem Herrn Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Herrn Matthiesen.

Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Matthiesen: Herr Präsident! Meine Da-

(A) (Minister Matthiesen)

men und Herren! Ich bin dankbar für manche Zustimmung, die ich in dieser Debatte gespürt habe, vor allen Dingen durch Herrn Kollegen Meyer ausgedrückt, natürlich durch Herrn Kollegen Steinkühler. Aber auch, wenn ich Herrn Martsch richtig verstanden habe, konnte er ja, obwohl er den "Alternativen" zugehörig ist, nicht ganz verschweigen, daß wir eigentlich doch sehr viel Gutes auf den Weg gebracht haben, was sich auch konzeptionell von seinen eigenen Ideen - ich sage bewußt nicht, denen seiner Partei, sondern von seinen eigenen Ideen - in vielen Bereichen gar nicht so sehr unterscheidet. Das hängt sicherlich auch damit zusammen, daß man es bei einer solchen Debatte überwiegend mit Praktikern zu tun hat, die sich weniger von überfliegenden Ideologien als vielmehr von den praktischen Situationen täglich auf dem Hof leiten lassen.

Herr Knipschild, Sie haben ein paar "vermeintliche" - sage ich - Mißstände angesprochen. Ich bitte Sie herzlich - und werde es auch gleich anschließend noch tun -, Roß und Reiter zu nennen. Es ist nicht gut, wenn man hier Dinge schildert, die irgend etwas zum Ausdruck bringen sollen, wir aber dann nicht in die Lage versetzt werden, dem nachzugehen. Und ich will dem nachgehen! Deshalb müssen Sie sich schon zu diesen Vorgängen unter Nennung von Roß und Reiter bekennen. Darum möchte ich Sie auch bitten.

(B)

Was ich bedauert habe, ist, daß Sie in dieser Debatte überhaupt kein Wort über die Landwirtschaft verloren haben, und dies ist doch eine Landwirtschaftsdebatte, die den Teil Landwirtschaft des Ministeriums betrifft.

Die Lage der Landwirtschaft ist ja, wie wir wissen, zur Zeit nicht besonders rosig. Die Rahmenbedingungen sind nicht gut. Die Ängste, bezogen auf die anstehenden GATT-Verhandlungen, sind verständlicherweise groß. Die Landwirte haben subjektiv das Gefühl, daß ihre Agrarinteressen möglicherweise unter die Räder kommen, weil die industriepolitischen und Exportinteressen sehr viel höher bewertet werden. Auf der anderen Seite sehen sie den massiven Protest in Frankreich und fragen natürlich verbandspolitisch und politisch, wo denn die Stimme sei, die hier ähnlich ihre Interessen vertritt.

Ich denke, daß wir deshalb bei der Umsetzung der europäischen Agrarreform um so behutsamer sein

(C)

müssen. Sie kennen die Haltung der Landesregierung. Wir halten vieles, was da vorgesehen ist, für falsch. Wir halten vor allen Dingen die enorme Regulungsdichte, die damit verbunden ist und die auf uns zukommt, für falsch.

Ein Teil des Unmutes unserer Landwirte resultiert meines Erachtens auch daraus, daß sie es schlecht mit ihrem Selbstbewußtsein vereinbaren können, daß aus einem Landwirt zunehmend ein "Schreibwirt" wird und daß sie sich jetzt noch einer so intensivierten Kontrolle unterziehen müssen, die selbst vor der Auswertung von Satellitenaufnahmen nicht haltmacht.

Ich glaube, daß wir mit unserer Entscheidung, den Landwirtschaftskammern, nämlich konkret den Landesbeauftragten - und Herr Steinkühler hat dies erwähnt -, diese Aufgabe zu übertragen, fachlich-sachlich die richtige Entscheidung getroffen haben. Denn unsere beiden Landwirtschaftskammern sind hochleistungsfähige Institutionen und Organisationen, die in der Lage sind, sowohl die Administration mit klarer Trennung auch von der Kontrolle zu betreiben als auch ein Höchstmaß an Beratung zu bieten, was in den nächsten Jahren mindestens genauso wichtig ist wie ordentliches und sauberes Administrieren.

(Abgeordneter Meyer [Westerkappeln] [F.D.P.]: Das wäre vor 30 Jahren schon wichtig gewesen!)

(D)

- Ja, das ist immer wichtig, aber wegen der Anstellungsrisiken - Herr Kollege Meyer, Sie wissen, was ich meine - ist es besonders wichtig. Deshalb brauchen wir die Kammern als leistungsfähige Institutionen, die allein in der Lage sind, uns bei der Bewältigung dieser großen Aufgabe zu helfen.

Aber die nächsten Jahre - machen wir uns da nichts vor! - werden nicht einfach. Vieles ist noch im unklaren. Deshalb ist auch ein Ende der agrarpolitischen Debatte nicht abzusehen. Das ist deshalb besonders schlimm - Herr Martsch hat indirekt auch darauf hingewiesen -, weil wir parallel dazu einen laufenden Strukturwandel haben und die junge Generation auf den Höfen natürlich fragt, wohin denn die Reise geht, damit sie für sich selbst eine berufliche und Lebensentscheidung treffen können.

(A) (Minister Matthiesen)

Wenn wir in Umfragen hören, daß ein Großteil der jungen Menschen heute ganz unsicher geworden ist - nicht unsicher, ob sie gern den Hof übernehmen wollen, sondern unsicher darüber, ob sie es denn tatsächlich tun sollen -, dann ist das gerade für den Bereich der Landwirtschaft ein unüberhörbares Alarmzeichen.

Wir müssen darauf achten, daß nicht zu den Struktur-schwierigkeiten, die wir, in anderen Wirtschaftsbereichen beginnend, haben, jetzt auch noch durch weitere Fehlentwicklungen der europäischen Agrarpolitik eine weitere Fehlentwicklung in der Landwirtschaft hinzukommt - mit all den negativen Folgewirkungen nicht nur für die Höfe und für die Einkommen unserer landwirtschaftlichen Familien, sondern auch für die ländlichen Räume.

Herr Meyer, bei der Kleingartenförderung, haben Sie gesagt, müsse eigentlich eine Totalkürzung her, das wäre sozusagen das Hobby der Landesregierung. Ich sage Ihnen in aller freundschaftlichen Deutlichkeit dazu ein ganz klares Nein. Unsere Kleingärten in Nordrhein-Westfalen hatten und haben immer auch eine nicht zu unterschätzende soziale Funktion.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Weil Sie das hier in Frage gestellt haben, sage ich vor der Öffentlichkeit und an die Adresse der vielen, vielen Kleingärtner unseres Landes: Sie können sich darauf verlassen, daß Landesregierung und Mehrheitsfraktion auch künftig auf Ihrer Seite stehen werden. Wir werden alle Angriffe, woher diese auch kommen, energisch zurückweisen.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Meyer [Westerkappeln] [F.D.P.]: Ist kein Angriff, Herr Minister!)

- Wenn Sie eine Totalkürzung verlangen und sagen, das sei überflüssig, das sei eine Hobbyveranstaltung, Herr Meyer, dann sind Sie bei all Ihrem freundschaftlichen, netten Auftreten indirekt politisch damit der Totengräber unserer Kleingärtner, und das wird die Mehrheit nicht zulassen.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Unerhört!)

(C)

- Politisch! Ich wollte das nicht böse sagen. Nein, nein, wirklich nicht; politisch meine ich das.

(Zurufe von der SPD)

Herr Martsch, in Nordrhein-Westfalen ist die Lage besser als anderswo. Sie müssen sich nur die neueste Statistik ansehen. Ich sage nicht, daß bei uns alles rosig ist; aber ich stelle fest, daß bei uns zur Zeit die Lage besser als in vergleichbaren Bundesländern ist. Sie müssen sich insoweit nur einmal die neueste Einkommensstatistik anschauen.

Damit haben wir nicht alle Probleme gelöst, aber ich glaube, es ist ein Beweis dafür, daß wir a) über eine leistungsfähige und leistungsbereite Landwirtschaft und Gartenbauwirtschaft verfügen und daß wir b) mit unserem Kooperationskurs im Bereich Naturschutz, im Bereich Gewässerschutz - und nicht durch die Einführung neuer Abgabensysteme mit 100 Millionen DM Belastung, wie Sie sie wollen - etwas Vernünftiges auf den Weg gebracht haben, so daß wir einerseits die Umwelt damit schonen, andererseits den Landwirten zusätzliche Einkommensmöglichkeiten verschaffen. Dies zahlt sich, wie die Einkommensstatistik zeigt, mittlerweile aus.

In Nordrhein-Westfalen sind wir schon ein bißchen stolz darauf, daß wir heute, was die Einkommenszuwächse anbetrifft, an der ersten Stelle stehen und nicht mehr hinter Schleswig-Holstein, Niedersachsen und anderen rangieren. Ich glaube, das ist auch ein Ergebnis einer vernünftigen, kalkulierbaren Politik, die auch im Bereich der Landwirtschaft stets den Ausgleich zwischen ökologischen Erfordernissen und ökonomischen Notwendigkeiten gesucht und - Herr Meyer hat es dankenswerterweise erwähnt - zum Beispiel im Feuchtwiesenschutzprogramm auch gefunden hat.

(D)

Sie haben Kürzungen angesprochen. Insoweit liegt bei Ihnen ein Mißverständnis vor. Der Haushalt des Umweltministers ist gekürzt worden. Aber ich sage noch einmal: Das hatte den Grund, daß die Strukturhilfemittel des Bundes weggefallen sind und wir außerdem die Umschichtung der Abwasserfördermittel in das GFG hinein vorgenommen haben.

(A) (Minister Matthiesen)

Nun, Herr Martsch, zum Schluß noch einmal zu Ihnen! Das kann ich nicht unterdrücken, weil Sie gesagt haben, ich, Martsch, verstehe mich als Konkurrent vom Minister. Das war einer Ihrer markigen Schlußsätze. Dagegen habe ich ja gar nichts. Aber ich habe vorhin schon Ihre Broschüre erwähnt, die ich irgendwie so, ja, pfißig finde, und dies aus mehreren Gründen: erstens, weil man damit gut politisch hantieren kann, zweitens, weil mein Name so oft darin steht. Ich wünsche Breite und Verbreitung; denn jeder, der das liest, liest gleichzeitig immer auch meinen Namen,

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

und er wird sich natürlich fragen: Warum beschäftigen die sich auf vielen Seiten immer wieder mit dem Kerl? Es muß doch irgend etwas daran sein. - Besseres kann ich mir ja gar nicht wünschen.

Und dann das Bild von Ihnen, Herr Martsch, mit der Forke. Das ist wirklich gut. Dabei muß man sich den Text anschauen, der daneben steht. Ich darf mit Ihrer Einwilligung freundschaftlich zitieren. Darin steht:

Als der Öko-Bauer Siegfried Martsch aus dem Münsterland in den Landtag einzog, da hatte er den Kopf voller Pläne und fieberte auf die Umsetzung alternativer Konzepte in der Landwirtschaft, im Naturschutz und bei Gestaltung von Leben und Umwelt im ländlichen Raum.

(B)

Das war 1989.

(Zuruf von der SPD: Lang, lang ist's her! - Heiterkeit)

Meine Energie ist geblieben;

- So schreibt er über sich selbst. -

doch die Rahmenbedingungen, die haben sich seitdem radikal gewandelt.

Ja, weißt du, welche? Weil du nämlich den Matthiesen hast, und der macht vieles von dem, was er - - Ja, ja?

(Lebhafte Heiterkeit)

(C)

Deswegen verstehe ich ja auch die Forke in der kräftigen Bauernhand als nicht potentiell auf mich gerichtet, sondern möglicherweise auf den Vesper, der ja erkennbarerweise einem anderen Flügel - nämlich diesem Anpassungsflügel, nicht wahr? - angehört, den der Sigi Martsch ja nicht will und den er mit großem Unbehagen sieht; denn er möchte sich ja inhaltlich streiten, konzeptionell alternativ - was ich ja auch gut finde und was ich ja mit Ihnen gemeinsam beklage: daß es nur bei einem Teil Ihrer Fraktion vorhanden ist.

Nun aber, am Schluß dieses Artikels wird geschrieben:

Die nächsten zweieinhalb Jahre der Legislaturperiode können beginnen. Der Landtagsabgeordnete Sigi Martsch hat noch viel vor.

Da rufe ich zu: Na, dann mal los, Sigi!

(Allgemeine große Heiterkeit)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, wird weiterhin das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich hiermit die **Beratung**.

(D)

Wir kommen zur **Abstimmung**, und zwar haben wir abzustimmen über die Beschlußempfehlung Drucksache 11/4710 und den **Änderungsantrag** der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/4773. Diese letztgenannte Drucksache enthält vier Punkte, über die einzeln abzustimmen ist, nämlich in der **Anlage 1** zu Kap. 10 050 - zusätzliche Mittel für Maßnahmen der Abfallwirtschaft. Wer diesem Teil des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Zurufe)

Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den Antrag **Anlage 2**: Kap. 10 050 Tit. 099 (neu) - Ökologischer Sonderfonds Grundwasserschutz - auf. Wer hier zustimmen möchte, der gebe bitte das Handzeichen. -

(Zurufe)

(A) (Vizepräsident Dr. Klose)

Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke schön.
Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe Anlage 3 auf: Kap. 10 060 Tit. 099 (neu) - Ökologischer Sonderfonds Immissionsschutz! Ich bitte diejenigen, die zustimmen möchten, das Handzeichen zu geben. -

(Zuruf: Wird immer weniger!)

Die Gegenprobe! - Wer enthält sich der Stimme? - Der Antrag ist abgelehnt.

Nun rufe ich Anlage 4 auf: Kap. 10 220 Tit. 422 10 und Tit. 425 10. Stichwort: Qualifizierte Kräfte für die Gewerbeaufsichtsämter. Wer möchte zustimmen? - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die **Beschlußempfehlung Drucksache 11/4710**. Wer dieser seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Beschlußempfehlung **entsprochen** worden.

Ich rufe auf Nummer 3:

(B)

Einzelplan 05: Kultusministerium

Ich weise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/4705 und folgende Änderungsanträge hin:

1. Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/4774
2. Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/4775 mit 3 Anlagen

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/4801
3. Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/4799.

Ich eröffne die **Beratung** und erteile der Frau Abgeordneten Philipp für die Fraktion der CDU das Wort.

(C)

Abgeordnete Philipp (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Leider kann ich nicht so humorvoll beginnen, wie Herr Matthiesen geendet hat.

(Abgeordneter Dr. Brunemeier [SPD]: Das war noch nie so!)

- Das stimmt nicht, Herr Brunemeier!

Es fällt mir mit jedem Mal schwerer, ertragen zu müssen, wie die Landesregierung und der Ministerpräsident Schulpolitik - das Anliegen - mit salbungsvollen Worten beschreiben, diesen Worten aber keine Taten folgen lassen. Ich will ein Beispiel nennen; ich zitiere:

Wer über Bildungspolitik spricht, weiß: Kaum ein Thema ist so nah bei den unmittelbaren Erfahrungen, Wünschen und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger wie dieses. Wir sollten diese Diskussion so führen, daß das Gute, um das es geht, die Bildung und die Erziehung unserer Kinder, in der politischen Auseinandersetzung nicht wundgescheuert wird. Die politische Diskussion darf das pädagogische Engagement der Lehrerinnen und Lehrer nicht verletzen und niemanden entmutigen.

(D)

Wie wahr! kann man da nur sagen. Wenn der Ministerpräsident nur umgesetzt hätte, was er in seiner Regierungserklärung im November des vergangenen Jahres von dieser Stelle aus gesagt hat! Er wird diesem Anspruch auch in diesem Jahr und auch in diesem Haushalt nicht einmal im Ansatz gerecht. Mittlerweile muß man nicht nur den Eindruck haben, man bekommt es jeden Tag bestätigt: Er interessiert sich für die wirklichen Probleme überhaupt nicht. Er äußert Verständnis, handelt aber so, daß er nur auf Unverständnis stößt, oder er tut gar nichts.

Wir alle wissen, daß sich im vergangenen Schuljahr und in diesem Schuljahr vor den großen Ferien Eltern von ihm verschaukelt, mit ihren Problemen allein gelassen fühlten. Wir wissen, daß sich Lehrer ausgenutzt und demotiviert fühlen. Wir haben darüber hier häufig diskutiert und das auch nachgewiesen.

Wir müssen feststellen: Wir stehen heute - nicht zum